

Stenographisches Protokoll.

89. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich.

III. Gesetzgebungsperiode.

Dienstag, 7. Mai 1929.

Inhalt.

Personalien: Abwesenheitsanzeige (2559) — Immunitätsangelegenheit Musterlitz (2559) — Urlaube (2586).

Bundesregierung: Zuschrift des Bundeskanzlers, betr. die Angelobung der neuen Bundesregierung durch den Bundespräsidenten und die Enthebung der bisherigen Bundesregierung vom Amte (2559).

Verhandlung: Regierungserklärung — Bundeskanzler Streeruwitz (2559) — Antrag Sever auf Eröffnung der Debatte (2564) — Dr. Renner (2564), Dr. Buresch (2575), Dr. Wotawa (2581), Winkl (2584).

Eingebracht wurden:

Anträge: 1. Klimberger, auf ein Gesetz über den Schutz von Berufsstätten der Kaufleute, Gewerbetreibenden und Inhaber der freien Berufe (208/A);

2. Partik, Heigl, Heigl, Franz Bauer, betr. die Freiheit der Sozialversicherungsträger von der Auskunftspflicht in Steuer-, Gebühren- und Abgabenangelegenheiten (209/A).

Tagesordnung: 5. Bericht der Kommission zur Kontrolle der Verwendung der Vermögensabgabe und Auflösung der „Kommission zur Verwendung der Vermögensabgabe“ (B. 295).

Österreichisch-Tschechoslowakisches Grenzstatut (B. 304).
Regelung der technisch-ökonomischen Fragen in den Grenzstrecken der Donau, March und Thaya (B. 305).

Präsident Dr. **Gürtler** eröffnet die Sitzung um 3 Uhr 20 Min. nachm. und erklärt das Protokoll über die Sitzung vom 4. Mai als genehmigt.

Prodinger ist krank gemeldet.

Das Landesgericht für Strafsachen Wien I hat das gegen den Herrn Abg. Friedrich Musterlitz wegen Vergehens gegen die Sicherheit der Ehre gestellte, dem hohen Hause am 20. Dezember 1928 mitgeteilte Auslieferungsbegehren zurückgezogen. Der Verfassungsausschuß, dem diese Immunitätsangelegenheit zugewiesen worden ist, wird sich daher mit ihr nicht mehr zu beschäftigen haben.

Präsident: Es ist mir folgendes Schreiben des Herrn Bundeskanzlers zugekommen (*liest*):

„An den Herrn Präsidenten des Nationalrates!
Ich beehre mich, die Mitteilung zu machen, daß die vom Nationalrat in seiner heutigen Sitzung gemäß Artikel 70 des Bundes-Verfassungsgesetzes

gewählte, unter meinem Vorsitz stehende Bundesregierung am heutigen Tage vom Herrn Bundespräsidenten angelobt wurde und daß somit die Mitglieder dieser Bundesregierung heute ihr Amt angetreten haben.

Gleichzeitig hat der Herr Bundespräsident die mit der Fortführung der Geschäfte betraute bisherige Bundesregierung vom Amte enthoben.

4. Mai 1929.

Streeruwitz.“

Indem ich bitte, von dieser Mitteilung Kenntnis zu nehmen, erlaube ich mir, dem hohen Hause die Mitglieder der Bundesregierung, die zum ersten Male in diesem Hause erscheinen, und zwar den Herrn Vizekanzler Ing. Schumy, den Herrn Bundesminister für Unterricht Dr. Czernak und den Herrn Bundesminister für Finanzen Dr. Mittelberger vorzustellen.

Zum Worte gemeldet hat sich der Herr Bundeskanzler. Ich erteile ihm das Wort.

Bundeskanzler Streeruwitz: Hohes Haus! Es obliegt mir die Aufgabe, die neugewählte Bundesregierung dem Nationalrate vorzustellen sowie im Namen meiner Ministerkollegen und im eigenen Namen für das uns entgegengebrachte Vertrauen hiemit zu danken.

Der Entschluß zur Übernahme des obersten Regierungsamtes ist mir besonders schwer gefallen, weil ich mir vor Augen halte, was die Person meines unmittelbaren Vorgängers im Kanzleramte nicht nur für unseren Staat, sondern weit über die Grenzen unseres Landes hinaus bedeutet. (*Zustimmung.*) Die Mehrheit des Nationalrates bedauert, ihren bewährten Führer an dieser Stelle vermissen zu müssen, wo er sich unvergängliche Verdienste um unseren Staat erworben hat. (*Lebhafter Beifall und Händeklatschen.*)

Ich kann es mir nicht versagen, in diesem Zusammenhang mit einigen Worten die Geschichte der letzten Regierungsbildung zu streifen, die in der Öffentlichkeit den Gegenstand mehrfacher Kritik an unseren verfassungsmäßigen Einrichtungen gebildet hat. Es liegt im Wesen einer Parteienkooperation, die zu einer Koalitionsbildung und weiterhin zur Übernahme der Regierungsgeschäfte führen soll, daß Meinungsverschiedenheiten innerhalb der Parteien

erst auf einen gemeinsamen Nenner gebracht werden müssen, daß dann ein tunlichst gesichertes Arbeitsprogramm zu schaffen und schließlich mit der Personwahl vorzugehen ist. Gleichzeitig mit dieser internen Arbeit wurden Verhandlungen mit den Vertretern der Minderheit des Nationalrates zwecks Flottmachung der Parlamentsarbeit für die Lösung des für unsere gesamte Bevölkerung so bedeutungsvollen Wohnbau- und Mietenproblems geführt, die erfreulicherweise einen Fortschritt ergeben haben.

Am Beginne meiner programmatischen Erklärung lege ich Wert darauf, meine Auffassung über das Verhältnis zwischen Bund und Ländern mit einigen Worten zu kennzeichnen. Die bundesstaatliche Idee erfordert ein gedeihliches Zusammenwirken des Bundes und der Länder. Die Bundesregierung bekennt sich vorbehaltlos zu diesem Grundsatz, welchem es entspricht, darauf bedacht zu sein, daß die beiden von der Gesamtverfassung des Bundesstaates koordiniert delegierten Rechtsordnungen des Bundes und der Länder sich in richtiger Weise ergänzen und miteinander harmonisieren. Es muß sowohl vom Bund bei der Ordnung der in seine Zuständigkeit fallenden Länderfragen als auch von den Ländern im selbständigen Wirkungskreis den Gesamtinteressen unserer Republik weitestgehend Rechnung getragen werden, wenn nicht schwerer Schaden entstehen soll. Ohne ein gesichertes Einvernehmen zwischen Bund und Ländern ist es nicht möglich, die eben dargelegten Ziele zu erreichen. Es wird für die Bundesregierung oberstes Gebot sein, dieses Verhältnis zu stärken, zu verbessern und vertrauensvoll zu gestalten.

Die Bundesregierung betrachtet es als eine ihrer nächsten und wichtigsten Aufgaben, auf die baldige Votierung der dem Nationalrat vorliegenden Grundsatzgesetzentwürfe hinzuwirken, durch die noch bestehende Lücken unserer Rechtsordnung werden ausgefüllt werden.

Auf dem Gebiete der allgemeinen Verwaltung muß dem Gedanken des Fortschrittes durch Weiterführung der begonnenen Rationalisierung gedient und hiedurch die Entlastung der Wirtschaft in zielbewußter Weise fortgesetzt werden.

Die auswärtige Politik der neuen Regierung wird sich an jene Leitlinien halten, die schon bisher maßgebend waren. Sie sind: weitere Ausgestaltung der freundschaftlichen Beziehungen zu allen Staaten, besonders zu den Nachbarn und unter diesen wieder vornehmlich zum Deutschen Reich, mit dem wir kraft unserer gemeinsamen Abstammung, Geschichte, Sprache und Kultur uns aufs engste verbunden fühlen (*lebhafter Beifall*), ferner das Bekenntnis zur Idee der dauernden Friedenssicherung durch Mittel des Rechtes, endlich tatkräftige Mitarbeit im Völkerbund. Unser unerschütterlicher Wille zur Gemeinschaftsarbeit am europäischen Wieder-

aufbau begründet es, jene Achtung und Gleichberechtigung zu fordern, die uns trotz Kleinheit und Armut als freiem, selbständigem Staat und als Träger einer tausendjährigen kulturellen Mission zukommt und der wir uns in einem Jahrzehnt harter Not durchaus würdig erwiesen haben. (*Lebhafter Beifall und Händeklatschen.*)

Das große Werk der Wiederaufrichtung der Finanzen und der Währung Österreichs, das Bundeskanzler Dr. Seipel und seine Mitarbeiter vollbracht haben, wird die Regierung mit größter Entschiedenheit vor jeder Gefährdung bewahren. Alle Kreise der Bevölkerung müssen sich bewußt sein, daß ihre wirtschaftliche Existenz von der Aufrechthaltung der Ordnung im Staatshaushalt und von der Stabilität unseres Geldwesens abhängt. Dem finanziellen Wiederaufbau muß nunmehr ohne Aufschub der wirtschaftliche folgen, in dem immerhin schon Fortschritte erzielt worden sind, aber noch sehr viel zu tun bleibt. Auf wirtschaftlichem Gebiete mit leidenschaftsloser Beharrlichkeit positive Arbeit zu leisten betrachtet die Regierung als ihre wichtigste Aufgabe.

Unser größter Produktionszweig, die Landwirtschaft, macht gegenwärtig eine außerordentlich schwere Krise durch, mit der sich die Regierung dauernd in allerintensivster Weise beschäftigen muß. In den Waldbergen der österreichischen Alpen ist ein bedeutender Teil unseres österreichischen Volkes, die Bergbauern, trotz Fleiß und Genügsamkeit in tiefster Not; ihm muß geholfen, er muß vom Untergang bewahrt werden um jeden Preis. (*Lebhafter Beifall und Händeklatschen.*) Aber auch der Bauer im Flachland kämpft schwer um seine Existenz und in manchen Gegenden, wie im Burgenland, um die Möglichkeit, auf der Scholle zu bleiben. Wenn ihm dies durch Sicherung von vermehrtem Arbeitsboden ermöglicht würde, könnte eine Fülle tüchtiger bodenständiger Landwirte einer gesicherten Zukunft zugeführt und von der Abwanderung bewahrt werden. Die Produktionskosten der Landwirtschaft steigen und die Preise sinken. Hier muß eingesezt werden, um den sonst unaufhaltbaren Rückfall in die extensive Wirtschaft zu verhindern. (*Sehr richtig!*) Die Steigerung unserer landwirtschaftlichen Erzeugung seit dem Tiefstand zur Zeit des Kriegsendes hat die Bewunderung auch des Auslandes erregt. Die Arbeit des Bauern vermochte, kaum von den Fesseln der Zwangswirtschaft befreit, trotz der erzwungenen und schwer empfundenen Vernachlässigung in der Kriegs- und Nachkriegszeit, trotz Kreditnot und gegen alle Hemmnisse so viel zu leisten, daß die Erzeugung in den meisten Produkten die der Vorkriegszeit schon erheblich übersteigt. Die Abnahme der Rentabilität und die Zunahme der Verschuldung — einer Verschuldung unter den ungünstigsten Bedingungen — sind Warnungszeichen. Darum ist es notwendig, den lang- und kurzfristigen Kredit unter möglichst günstigen

Bedingungen zu fördern, die Technik der Landwirtschaft unter Beihilfe der Genossenschaft zu heben und entsprechende Absatzorganisationen zu schaffen. Die von der Regierung Seipel eingeleitete Aktion zum Schutz unserer Viehzucht gegen die infolge Abspernung anderer Staaten einseitig auf unseren Markt gerichtete Einfuhr werden wir energisch zu Ende führen und uns zugleich bemühen, die für unser hochwertiges Zuchtvieh notwendigen Ausfuhrmöglichkeiten zu verbessern. *(Lebhafte Zustimmung.)* Der Weinbau muß gegen unerträglichen und unlauteren Wettbewerb ausreichend geschützt werden. *(Lebhafte Bravo!-Rufe.)*

Die Industrie, das Gewerbe und der Handel Österreichs, von deren Erhaltung und Entwicklung die Lebensmöglichkeiten der Städte und der Industriegemeinden abhängen, leiden in vielen Zweigen schwer unter der Zerreißung des alten Wirtschaftsgebietes und unter dem Mangel an Kapital. Die unter den schwierigsten Verhältnissen vollbrachten Leistungen unserer Industrie und unserer Qualitätsgewerbe, die einen so großen Teil ihrer Erzeugung auf Auslandsmärkten absetzen und so die Mittel für unentbehrliche Importe schaffen, sind außerordentlich und können nicht hoch genug veranschlagt werden. Aber sie haben mit den schweren Hindernissen zu kämpfen, welche ihnen durch die hohen Auslandszölle und dadurch bereitet werden, daß sie ihr eigenes Betriebskapital großenteils aufgezehrt haben, daß sie teure Kredite in Anspruch nehmen und die damit belasteten Waren exportieren müssen. Die Besserung dieser Verhältnisse und die Bekämpfung des so argen Leidens der Arbeitslosigkeit mit ihren menschenvernichtenden Folgen kann durchgreifend nicht mit künstlichen Mitteln, sondern nur durch organische Hebung der Volkswirtschaft durchgeführt werden, die die Arbeiter tunlichst zu der Beschäftigung führt, in der sie leistungsfähig sind, weil sie ihr erlerntes Fach ist.

Die schweren Opfer unserer Handelsbilanz in Ansehung des Importes von Brennstoffen erfordern die nachdrücklichste Förderung des heimischen Bergbaues und seiner Nebenbetriebe. Desgleichen wird es notwendig sein, auch dem österreichischen Teil der Donau jene zielbewußte Förderung angedeihen zu lassen, wie sie in den beiderseitigen Nachbarländern in steigendem Maße wahrzunehmen ist. Es gilt dies sowohl für den Ausbau der in unserem Hauptstrom verfügbaren Kräfte, die eine wertvolle Ergänzung der Hochgebirgsenergien darstellen, als auch hinsichtlich des Schiffsverkehrs aller Art.

Von der Schaffung des Häuförderungs- und Mietengesetzes — die Nachbarländer sind uns diesbezüglich ohne Ausnahme längst vorangegangen — versprechen wir uns eine Belebung der gesamten wirtschaftlichen Tätigkeit zum Wohle aller und eine Besserung der Kreditverhältnisse, die den Sparfassen und anderen Geldinstituten ihre natürliche geschäftliche

Grundlage wiedergeben wird. Bedeutungsvoll sind die produktiven Investitionen, die dank der Voraussicht und gewissenhaften Sparsamkeit, von der sich die abgetretene Regierung hat leiten lassen, in vollem Ausmaße in Angriff genommen und fortgesetzt werden konnten, obgleich die Aufnahme der zu ihrer Deckung bestimmten Anleihe bisher nicht möglich war.

Es ist der Regierung des Bundeskanzlers Dr. Seipel gelungen, durch die Regelung der Relieffschulden und die grundsätzliche Zustimmung der Reparationskommission und der Reliefgläubiger zur Rückstellung ihrer Vorzugspfandrechte zugunsten dieser Anleihe die Voraussetzungen für die Anleihebegebung zum größten Teil zu schaffen. Die neue Regierung wird sich bemühen, den Weg für die Anleihe vollkommen frei zu machen, um dann in dem ihr geeignet scheinenden Zeitpunkte die Anleihe zu angemessenen Bedingungen zu begeben und auch auf diese Weise der Wirtschaft neue Impulse zu bieten.

Die den modernen technischen Anforderungen entsprechende Ausgestaltung der Eisenbahnen sowie die Einrichtungen der Post-, Telegraphen- und Telephonverwaltungen, zu deren Deckung die Anleihe bestimmt ist, wird für den Verkehr und dadurch für die ganze Wirtschaft von wesentlichem Nutzen sein. Für die Lösung des besondere Aufmerksamkeit verdienenden Problems des gewerblichen Kredites ist durch die Errichtung der Girozentrale der österreichischen Genossenschaften die Voraussetzung geschaffen worden.

Die Ausgestaltung des gewerblichen und sonstigen fachlichen Bildungswesens ist für die Ausbildung des jugendlichen Nachwuchses besonders dringend, weil die andauernde Zunahme des von den Hochschulen kommenden Überschusses die Not der Intellektuellen so sehr steigert, daß ernsthaft an die Sicherung von anderen Lebensmöglichkeiten gedacht werden muß. Es gilt dies insbesondere auch für jene jungen Leute, die den Mut haben, sich nach dem in anderen Ländern gegebenen Beispiel in der Welt umzusehen; sie sollen dies allerdings nur auf gesicherten, Fehlschläge tunlichst ausschließenden Wegen unternehmen, wobei es dem Staate obliegt, Hemmungen und Hindernisse überwinden zu helfen.

Für die Industrie und Landwirtschaft, für Gewerbe und Handel lebenswichtig sind eine rationelle Handelspolitik und eine schonende Steuerpolitik. Die handelspolitische Aktion werden wir nachdrücklich fortsetzen, um die landwirtschaftliche, industrielle und gewerbliche Produktion für den heimischen Markt zu fördern und jene günstigeren Bedingungen für die Ausfuhr zu erreichen, die wir auf Grund unserer bedeutenden Einfuhr beanspruchen können und müssen. Es besteht insbesondere die Hoffnung, daß die Handelsvertragsverhandlungen mit dem Deutschen Reich bald zu einem beide Teile befriedigenden Abschluß gebracht

werden können. Die Republik Österreich hat niemals Hochschutzzollpolitik betrieben; sie war und ist immer bereit, für die unserer Produktion gewährten Zugeständnisse angemessene Gegenleistungen zu machen. Aber eine einseitige prohibitive Politik unserer ausländischen Absatzgebiete können wir nicht mit der Offenhaltung unseres Marktes erwidern (*Zustimmung*), der auch das von manchen Seiten kommende Dumping aufnehmen muß. So wird uns das Streben nach stärkerem Schutz von außen aufgedrängt. Wir sind uns der Enge unseres Inlandmarktes bewußt und verkennen nicht, welchen Wert die Erweiterung des Absatzgebietes für uns hat. Wir streben diese in den Handelsverträgen auch mit allem Nachdruck an und wollen darin insbesondere unseren Nachbarstaaten gegenüber so weit gehen, als diese uns gegenüber zu gehen bereit sind.

Es darf der Hinweis nicht unterbleiben, daß nichts für die Hebung unserer Wirtschaft und damit für die Besserung der Lage der Arbeiter von größerem Wert sein könnte, als die Schaffung eines guten Verhältnisses zwischen Unternehmen und Arbeitern, die Anerkennung der beiderseitigen Rechte und die Stärkung der Überzeugung, daß sie zum Gedeihen der Unternehmungen zusammenwirken müssen. (*Lebhafter Beifall und Händeklatschen.*) Ein Gedanke, welcher in den sich des höchsten allgemeinen Wohlstandes erfreuenden Staaten bereits feste Wurzeln gefaßt hat.

Es war mir, wie nicht zu vielen in diesem hohen Hause, beschieden, viele Jahre mit Hunderten von Arbeitern in engstem Beisammensein zu leben, ihre Denkart, ihr Fühlen und ihre Sorgen kennenzulernen und Jahre hindurch Verhandlungen mit ihnen zu führen. Das Ergebnis dieser Erfahrungen ist der feste Glaube an die Möglichkeit des Arbeitsfriedens. (*Neuerlicher lebhafter Beifall und Händeklatschen.*) Solches Erleben begründet aber auch Verständnis für den Lebensaufstieg der Arbeiterschaft und ihre wachsende Teilnahme an den wirklichen kulturellen Errungenschaften unserer Zeit. Not und Entbehrung der arbeitenden Menschen neben Luxus und Verschwendung von Untätigen bilden einen Gegensatz, dessen Anblick jeden anständigen Menschen schmerzt. (*Lebhafte Zustimmung.*) Diesem Uebelstande ist aber nicht mit Worten, sondern nur durch Hebung der Wirtschaft, durch Schaffung von Arbeitsmöglichkeiten, durch Hebung des Gemeinnsinns und der staatsbürgerlichen Verantwortlichkeit, endlich durch Heilung der Schäden aller Art aus der Inflationszeit zu steuern. (*Lebhafte Zustimmung.*)

Auf dem Gebiete der Steuerpolitik muß jede neue Belastung unserer Wirtschaft vermieden und eine Verringerung besonders drückender Lasten herbeigeführt werden. Dazu bedarf es vor allem strengster Sparsamkeit in den Ausgaben, denn die mit so großen Opfern hergestellte Ordnung unseres Bundeshaushaltes dürfen wir in keiner Weise ge-

fährden. Die bisher ergriffenen Maßnahmen haben noch nicht zu der notwendigen Rückbildung der aus der Inflationszeit stammenden, hohen Steuer- und Gebührensätze und der auf die Realsteuern allein aufgebauten Zuschläge geführt. Es wird darauf ankommen, die Steuererleichterungen so zu gestalten, daß sie eine ausgiebige Entlastung der Wirtschaft bedeuten und die durch jahrelangen Überdruck hervorgerufenen wirtschaftlichen Lähmungserscheinungen beseitigen. Die Steuerverwaltung soll dem Gedanken der möglichsten Vereinfachung Rechnung tragen. Sie soll ferner durch Vermeidung einer über die Ansichten des Gesetzgebers hinausgehenden verschärfenden Praxis und durch tunlichste Vermeidung der Reibungen zwischen den Steuerbehörden und den Steuerträgern das gegenseitige Vertrauen und die Steuermoral heben.

Die in jüngster Zeit vielfach beklagte Hypertrophie an Gesetzen und Verordnungen hat auch bei sorgfältiger Evidenznahme der einzelnen Vorschriften und selbst bei jenen Personen und Kreisen, die sich berufsmäßig mit den einschlägigen Materien zu befassen haben, zu einer Desorientierung geführt. Sie muß durch entsprechende legislative und administrative Maßnahmen abgestellt werden.

Hierbei ist der sorgfältigen Formulierung aller Gesetze und Verordnungen ein besonderes Augenmerk zuzuwenden.

Die Regierung ist sich der hohen Bedeutung einer Konsolidierung der gesamten staatlichen Exekutive voll bewußt. Durchdringen von der Tatsache, daß kein Staat ohne ein solches Instrument zur Sicherung von Ruhe und Ordnung im Lande bestehen kann, wird die Regierung nicht verabsäumen, dem weiteren Ausbau dieser wichtigen staatlichen Machtmittel ihre Obfolge zuzuwenden.

Es ist mir wohl bekannt, daß ein klagloses Funktionieren unserer gesamten öffentlichen Verwaltung wesentlich von der Verlässlichkeit und Pflichttreue der Bundesangestellten abhängt. Die Regierung weiß diese wertvollen Eigenschaften unserer Beamten nach Gebühr einzuschätzen und ist sich ihrer Pflicht ihnen gegenüber voll bewußt. Sie wird auf den von früheren Regierungen bereits beschrittenen Weg der Aufbesserung der Beamtenbezüge fortfahren und trachten, den Lebensfuß der Bundesangestellten — auch unter Bedachtnahme auf aus der Mietenvorlage sich ergebende Mehrbelastung — zu heben. Selbstverständlich wird sich diese Absicht nur im Rahmen der durch die Volkswirtschaft und durch das Budget von selbst gegebenen sachlichen und zeitlichen Grenzen verwirklichen lassen. Die Regierung wird sich auch bemühen, innerhalb dieser Grenzen die Pensionistenfrage schrittweise einer befriedigenden Lösung zuzuführen, und sie ist willens, der Erhalter größerer Familien zu gedenken. (*Lebhafter Beifall und Händeklatschen.*)

Wahrhaftes und aufrichtiges Wohlwollen für die Beamtschaft kann mich nicht von der ersten Aufforderung abhalten, unsere Bundesangestellten mögen stets dessen eingedenk sein, daß ihre Wünsche nach materieller Besserstellung im unlöslichen Zusammenhang mit dem Stande unserer Volkswirtschaft und der Lage aller Arbeit und Verdienst suchenden Mitbürger ohne Ausnahme stehen und daß ihnen aus dem Treuverhältnis zum Staate besondere Verpflichtungen gegenüber der gesamten Bevölkerung erwachsen. *(Beifall.)*

Auf dem Gebiete der Rechtspflege wird uns in erster Reihe die Reform des Strafrechtes, das übrigens zum Teil schon in parlamentarischer Beratung steht, beschäftigen. Ferner ist der Entwurf eines Strafvollzugsgesetzes bereits ausgearbeitet. Auch das Strafprozessrecht wird einer durchgreifenden Reform unterzogen werden. Unbeschadet der Durchführung dieser großen Aktion sollen dringende Einzelfragen eine Neuregelung erfahren. Hierzu zählt eine Reform des Ehrenschutzes, namentlich in bezug auf die durch die Presse begangenen Ehrenbeleidigungen, dann eine Reform der Geschworenengerichtbarkeit, welches letzteres bereits den Nationalrat beschäftigt hat. In Erwägung steht auch die Frage der Regelung des Schutzes der realen Kaufmannschaft gegen die Verbreitung bewußt falscher oder leichtfertig verbreiteter Gerüchte.

Das Bestreben der Regierung wird es sein, die eingeleitete Aktion zur sukzessiven Angleichung des österreichischen Rechtes an das deutsche auch auf weitere Rechtsgebiete auszudehnen. *(Beifall.)*

Unsere Rechtspflege muß sich auch den Anforderungen unserer Wirtschaft anpassen. Beschleunigung des Verfahrens, Entlastung der Richter von einfachen Formalgeschäften und die Vereinfachung sowie eine bescheidene Ermäßigung der Gerichtsgebühren sind Postulate einer zeitgemäßen Justizreform.

In einer echten Demokratie gehört es zu den wichtigsten und unveräußerlichen Rechten jedes Staatsbürgers, gegen wie immer geartete, unbescholtene Behinderungen oder Eingriffe bei Ausübung der verfassungsmäßig gewährleisteten politischen und staatsbürgerlichen Rechte geschützt zu sein. *(Lebhafter Beifall und Händeklatschen.)*

Die Regierung ist sich der Erkenntnis bewußt, daß unser Volk sich nur erhalten und zu einer besseren Zukunft wird durchringen können, wenn der Schule und der Volkserziehung seitens aller in Betracht kommenden Faktoren die größte Aufmerksamkeit zugewendet wird.

Die Erhaltung der uns trotz dem Zusammenbruch gebliebenen hervorragenden Kunst- und Kulturgüter liegt der Regierung besonders am Herzen.

Im Ressortbereiche des Bundesministeriums für soziale Verwaltung steht zunächst die Alters- und

Invaliditätsversicherung der Arbeiter im Vordergrund des Interesses. Gegenwärtig sind die Voraussetzungen, an die das Inkrafttreten dieser Versicherung nach dem bekannten Artikel III des Arbeiterversicherungsgesetzes gebunden ist, noch nicht gegeben. Die Regierung steht jedoch auf dem Standpunkte, daß diese Versicherung zu aktivieren sein wird, sobald sich die Möglichkeit ergibt, die Wirtschaft durch eine Änderung auf dem Gebiete der öffentlichen Abgaben — unbeschadet der schon früher erwähnten generellen Abgabenreform und Abänderung — zu entlasten und durch diese Entlastung den mit der neuen Versicherung verbundenen Mehraufwand zu kompensieren. *(Lebhafter Beifall.)*

Zum Krankenversicherungsgesetz sind in nächster Zeit die Durchführungsbestimmungen zu gewärtigen. Das in Kraft stehende Landarbeiterversicherungsgesetz bietet in der Praxis die Möglichkeit zu zahlreichen Erfahrungen, die bei einer Novellierung ihre Berücksichtigung finden sollen, wobei wir auf die fortgesetzte Anpassung an die auf dem Lande bestehenden Verhältnisse in subjektiver und objektiver Richtung bedacht sein müssen. *(Zustimmung.)*

Ein erhöhtes Augenmerk muß der Organisation der einzelnen Sozialversicherungsinstitute zugewendet werden, in denen vielfach eine unerwünschte Tendenz zur Verbürokratisierung und zugleich zur Erhöhung des Verwaltungsaufwandes wahrnehmbar ist. *(Sehr richtig!)*

Die notwendige und wichtige soziale Arbeit darf niemals auf die dürftig fließende Quelle ihrer Mittel vergessen, und es darf nicht um der Zukunftssicherung willen gegenwärtige Not verstärkt und verlängert werden.

Die Förderung des Wohnungswesens gehört zu den wichtigsten Forderungen des Kulturfortschrittes. Die gegenwärtig geplanten Maßnahmen zur Hebung der Wohnbautätigkeit werden im Zusammenhang mit der Abänderung des geltenden Mietrechtes erheblich dazu beitragen, die auf diesem Gebiete herrschende Stagnation zu beheben. Es steht zu hoffen, daß die weit vorgeschrittenen Verhandlungen über die einschlägigen Gesetzentwürfe dem Einfluß der Agitation tunlichst entzogen und auf realer Grundlage zum Wohle der Gesamtheit mit größter Beschleunigung zu Ende geführt werden. *(Beifall.)*

Die Regierung wird die Bestrebungen der Invalidenschaft nach einer Erhöhung der Rentenansätze wohlwollend behandeln und überdies die rechtzeitige Verlängerung der Geltungsdauer des Invalidenbeschäftigungsgesetzes in Antrag bringen.

Der vorgelegte Entwurf eines Gesetzes über die Errichtung von Fonds zur Milderung der Folgen der Geldentwertung — Kleinrentner- und Sparergesetz — enthält bereits die Grundzüge, nach welchen auch die Bundesregierung die Lösung der Kleinrentnerfrage anstrebt. Die Bundesregierung wird,

was in ihren Kräften steht, beitragen, um die Gesetzwerdung der beiden genannten Entwürfe zu beschleunigen und auf diese Art das wirklich bedauernde Los der Opfer der Geldentwertung wenigstens in solchem Maß zu lindern trachten, als dies auf dem Boden eines vor kaum zehn Jahren zusammengebrochenen, verarmten und wirtschaftlich schwer beweglichen Staates möglich ist.

Wie Sie meinen Ausführungen entnehmen konnten, wartet unser ein überreiches Arbeitsprogramm. Die Zukunft wird erweisen müssen, welche Strecke Weges über dieses Gebiet die gegenwärtige Regierung wird führen dürfen. Aber diese Ungewißheit darf an der klaren Zielsetzung und der energischen Initiative nicht rütteln lassen.

Wollen Sie aus meinen Worten nicht allein den festen Arbeitswillen der Bundesregierung, sondern vor allem die Wünsche und auch die Sorgen unseres Volkes vernehmen. Wir dürfen die Zeichen der Zeit nicht übersehen und nicht darauf verzichten, eine Politik auf weite Sicht zu führen. Ich verhehle mir keineswegs die Schwierigkeiten der gegenwärtigen politischen Situation, deren Beseitigung zwecks Herstellung des inneren Friedens von der Mehrheit wie von der Opposition des Nationalrates — allerdings auf verschiedenen Wegen — gefordert wird. Es entspricht dem demokratischen Prinzip, welchem die Bundesregierung niemals untreu sein wird, daß die Austragung der obschwebenden Differenzen den Erwählten des Volkes selbst überlassen bleiben muß, wobei der Regierung die Rolle des ehrlichen Maklers zufällt.

Meines Erachtens sind Schwierigkeiten dazu da, um überwunden zu werden, und eine wirkliche Demokratie müßte sich selbst verleugnen, wenn sie für den Ausgleich auch der inneren Gegensätze keine Lösung finden könnte. Sie muß sich nur, um schwerer Verantwortung zu entgehen, die Einheit des Volkes als Begriff über seinen Teilen stets vor Augen halten und sich davor hüten, den parlamentarischen Apparat aus einem Requisite des Volkswohles zu einem Mittel des inneren Kampfes um jeden Preis herabzusetzen. *(Beifall.)*

Die Liebe zum Vaterland muß hoch über jeder einseitigen Parteipolitik stehen. Der Bürger wird nicht als Parteimann geboren, und jede Farbe verblaßt im Tode. Nur der wahrhafte Kulturfortschritt ist das Dauererbe jeder Generation.

Eine Politik ohne enge Bindung an die Wirtschaft ist wie eine Pflanze ohne Wurzel, die binnen kurzem verdorren muß. Wir können uns den Luxus des ständigen Parteihaders nicht gestatten, da das Gebot der Wirtschaftsbedürfnisse uns tagtäglich entgegentritt. Der Appell, den ich hiemit an den Arbeitswillen des hohen Hauses richte, möge mit jener aufrichtigen Gesinnung vernommen werden, wie sie meinem ehrlichen Willen entspricht. Erblicken wir in

uns nicht die Rivalen um die vergängliche Gunst der Wähler, sondern sehen wir unsere vornehmste Aufgabe darin, im Wettbewerb den wahren Interessen des Volkswohles zu dienen.

Den Weg, den wir uns vorgezeichnet haben, betritt die Bundesregierung im Bewußtsein ihrer vollen Solidarität, im Vertrauen auf die Unterstützung des Nationalrates sowie die Einsicht der Bundesbürger und erfüllt von Treue zu der Heimat, der wir unsere besten Kräfte weihen wollen! *(Lebhafter, anhaltender Beifall und Händeklatschen.)*

Auf Antrag Sever wird beschlossen, über diese Erklärung sofort die Debatte zu eröffnen.

Dr. Reumer: Hohes Haus! Die Vorstellung der neuen Regierung bietet den Anlaß dazu, bevor ich mich im einzelnen mit den stellenweise interessanten und beachtenswerten Ausführungen der eben gehörten Rede befasse, auf die Hauptfrage einzugehen, die uns alle bewegt: was unser Land, was unser Volk, was die junge Republik gerade in der Zeitphase, in der wir leben, braucht, das also, was der Herr Kanzler in seiner Regierungserklärung als die Wünsche und Sorgen unseres Volkes bezeichnet hat.

Eine seltene Einmütigkeit der öffentlichen Meinung konnten wir in der letzten Zeit feststellen. Alles stimmte dem Rufe zu: So kann es nicht weitergehen, wir stehen an einem Wendepunkt, wir haben neue Wege zu suchen, die alten Wege führen zu den schwersten Gefahren für unsere Zukunft. Darin war unser ganzes Volk einig, und die Abschiedserklärung des Staatsmannes, der mehrere Jahre unsere Geschicke gelenkt hat, hat ja selbst auf das freimütigste bekannt, daß die inneren Spannungen zu groß geworden sind und daß man neue Wege einschlagen müsse.

Nun will ich keineswegs heute einzelne Rekriminationen aus der vergangenen Zeit erheben, ich will im allgemeinen nur soweit, als es notwendig ist, um künftige Fehler zu vermeiden, auf die vergangene Zeit zurückgreifen. Ich schicke voraus, daß der Kampf der Parteien eine unvermeidliche und zugleich heilsame Notwendigkeit ist. Der Kampf der Parteien, der alle politischen Fragen herausarbeitet und von allen Seiten beleuchtet, sofern er eben nicht, wie der Herr Bundeskanzler gesagt hat, ein Kampf um jeden Preis ist, sondern ein Kampf im Interesse der Fortentwicklung der Gesamtheit, dieser Kampf ist eine Voraussetzung allen politischen Lebens. Der Kampf aber kann überspitzt werden, und es kann unmöglich die Aufgabe einer Regierung sein, diesen Kampf zu überspitzen, immer größere Reizungen zu schaffen, Konflikte zu suchen und Konflikte zu steigern. Der Herr Bundeskanzler hat in seiner Rede gemeint, es müsse die Aufgabe der Regierung sein, den ehrlichen Makler — wenn ich recht verstanden habe — zwischen den Gegensätzen zu spielen. Wir haben das

bisher anders erfahren, und es muß festgestellt werden, daß diese einseitige Überspizung des Kampfes auf der Regierungsseite wesentlich dazu beigetragen hat, die Gegensätze dermaßen zu überhitzen, daß sie für unser Land zu einer großen Zukunftsgefahr geworden sind.

Meine Partei hat vor zwei Jahren mit rückhaltloser Offenheit, in der feierlichsten Form auf dem Parteitage, also vor der größten Parteipublikum, die Idee der inneren Abrüstung vertreten, hat eine Umkehr unserer Politik gefordert. Es war ein schwerer Fehler, der von der anderen Seite des Hauses und der von den anderen Klassen und Schichten gemacht wurde, diese unsere Warnung als Schwäche zu deuten. Die österreichische Arbeiterschaft ist sich genau ihrer Macht wie der Grenzen ihrer Macht bewußt, und gerade unsere Arbeiterschaft dankt es der besonderen Erziehung durch ihren alten Lehrmeister Viktor Adler, daß sie in keiner, in gar keiner Situation die Besonnenheit verlor. Der österreichische Arbeiter war immer besonnen, aber er war niemals feige, und diejenigen haben geirrt, die gemeint haben, daß das Abrüstungsangebot der österreichischen Sozialdemokratie ein Zeichen der Schwäche sei. Es war auch ein Fehler des vergangenen Regimes, dieses Anerbieten auf ein Nebengeleise zu schieben, ihm auszuweichen und kostbare Zeit und Gelegenheit zu versäumen. Gerade diese Umstände haben die extremsten Richtungen ermutigt, und diesen Umständen danken wir diese Spannungen, diese übermäßigen Spannungen, von denen der Herr Bundeskanzler Seipel gesprochen hat.

Vor auf geht nun der Fehler dieser Politik zurück? Nach meiner Meinung auf eine falsche Grundeinstellung. Seit dem Jahre 1920, hohes Haus, haben wir in verschiedenen Ländern ähnliche Regierungen wie in Österreich, sogenannte Bürgerblockregierungen. Wir Sozialdemokraten haben selbstverständlich hier im Lande so wie in allen anderen Ländern die Bürgerblockregierungen bekämpft, aber wir haben sie keineswegs als eine unnatürliche oder unmögliche Bildung behandelt. Ich erinnere sie an das Jahr 1920, wo ich von dieser Stelle aus die erste Bürgerblockregierung begrüßt habe. Wir haben die neue Regierung ruhig hingenommen; wir haben keineswegs für den Fall, als wir nicht mehr an der Regierung wären, jene Sprache geführt, die heute schon zum Beispiel ein Vertreter der christlichsozialen Partei, und ein sehr namhafter, führt, für den Fall, daß einmal die Sozialdemokraten die Mehrheit erlangen sollten: daß dann zur Gewalt zu greifen wäre. Wir haben uns ruhig in die Opposition begeben, und wir haben, so wie wir die schwere Last und Verantwortung der Regierung durch zwei Jahre getragen haben, die Pflicht der Kritik und die Last der Opposition durch acht Jahre getragen. Es wäre daher nicht unvermeidlich,

daß die Dinge zu einem solchen Grade gedeihen. Aber wir haben in der staatlichen Verwaltung, in der Führung der Geschäfte im einzelnen, in den vergangenen Regierungsperioden erleben müssen, daß wir nicht als parlamentarische Opposition, als große, namhafte und ernste parlamentarische Opposition behandelt wurden, sondern daß die Opposition durch die staatliche Verwaltung gleichsam außerhalb des Gesetzes gestellt und außerparlamentarisch bedroht wurde. Ich will die Einzelheiten nicht wiederholen, die Einzelheiten aus allen Ressorts, insbesondere aus dem Heeresressort usw.; ich will darauf nicht eingehen. Man hat uns die gewöhnliche staatsbürgerliche Achtung versagt, man hat, als wir über die Ungleichheit der Rechtspflege geklagt haben, zu einer Zeit, wo die Krise unserer Rechtspflege noch nicht so sichtbar war wie heute, unsere Beschwerden sehr leicht genommen, und man hat uns in Fällen schweren Unglücks und schwerer Verantwortung selbst das elementarste Recht versagt, das Recht der objektiven Untersuchung dort, wo es sich um viele, viele Menschenleben gehandelt hat. Diese unaufhörlichen Reizungen durch die Verwaltungspraxis haben es dahin gebracht, daß wir darüber klagen mußten, die einfachen Bedingungen eines Rechtsstaates werden uns gegenüber nicht mehr eingehalten. *(Lebhafter Beifall.)* Und, hohes Haus, es gibt keine moderne Staatsgemeinschaft ohne diese rechtsstaatlichen Grundlagen mehr, und die Rechtsgemeinschaft zwischen den Bürgern aufheben, das heißt den Staat untergraben.

Parallel mit dieser Haltung unserer Partei gegenüber, die jede Partei aufs äußerste hätte reizen müssen, ging die sachliche Zuspizung unseres ganzen staatlichen und politischen Lebens auf die eine einzige Parole: Gegen die Sozialdemokratie! Der Staat ist ein sehr verwickeltes Gebilde, eine Interessengemeinschaft sehr divergierender Strebungen, und es ist niemals möglich, die Staatsgeschäfte nach einem einzigen Blickpunkt zu orientieren, nach einem bloßen Anti, so wie es die Regierung eingerichtet hat, nach dem lächerlichen Schlagwort des Antimarkismus. Diese Politik, die gar nichts anderes kannte als den Gegensatz zur Sozialdemokratie, hat es dahin gebracht, daß nicht nur das äußere politische Leben, sondern auch das innere Parteileben vollständig ausgehöhlt wurde, ein Zustand, der sofort sichtbar wurde, als diese Regierung abtrat, wovon ich noch sprechen werde. Aber noch mehr: indem man die ganze Politik auf diese eine Gegnerschaft zuspizte, hat man die wichtigsten staatsbürgerlichen und allgemeinen Interessen vernachlässigt und hat diesem Hause selbst, wie es hier ist, Gewalt angetan. Ich mache auf eine Tatsache aufmerksam, welche beweist, daß die Interessenlage in einem Staate niemals ganz eindeutig und ständig ist. Dieses Haus hat immer eine bürgerliche Mehr-

heit, dieses Haus hat aber in kulturellen Fragen immer eine fortschrittliche Mehrheit gehabt. Die Beschlüsse dieser Mehrheit sind niemals zur Geltung gekommen! Wir haben es tatsächlich erlebt, daß dieses Haus zunächst und vor allem von seiner Regierung in seinen Beschlüssen obstruiert wurde (*lebhafter Beifall und Händeklatschen*), und zwar durch Jahre hindurch obstruiert. Wir haben wiederholte und unzweideutige Beschlüsse in Fragen der burgenländischen Schulgesetzgebung, der Ausdehnung des Reichsvolksschulgesetzes gefaßt; sie sind nie erfüllt worden, die Regierung hat sie bewußt obstruiert, sie hat sie immer und immer wieder obstruiert, indem sie den ganzen Staat einstellen zu müssen glaubte auf den einen einzigen Gegenfuß: gegen die Sozialdemokratie. Obwohl darüber aus der Erklärung der gegenwärtigen Regierung nichts zu entnehmen ist, hoffe ich, daß die Regierung ihr Bekenntnis, ihr — wir werden uns erlauben, daran zu erinnern — unbedingtes Bekenntnis der Treue zur Demokratie erfüllen wird, indem sie, wenn das Haus diese Beschlüsse wiederholt, sie nunmehr vorbehaltlos auch durchführen wird.

Wir haben aber erlebt, daß, obwohl das Haus auch in seiner Mehrheit wiederholt in bezug auf die Ehereform Beschlüsse faßte, wiewohl das Haus den nach meiner Meinung selbstverständlichen und ebenso leicht durchführbaren Beschluß faßte, im Ehe- und Familienrecht die Angleichung an das deutsche Recht zu vollziehen, die Regierung keinen Finger rührte, um diesen Beschluß durchzuführen. Meine Frauen und Männer, hier gibt es keine erdenkliche, auch keine konfessionelle Ausrede, denn das Eherecht, das für 25 Millionen Katholiken im Deutschen Reiche erträglich ist, kann für 6 Millionen Katholiken in Österreich nicht unerträglich sein. (*Lebhafter Beifall und Händeklatschen*.) Das Eherecht, das gegen keinen Grundsatz der kirchlichen Dogmen verstößt, weil es von Kirchenfürsten in Deutschland anerkannt ist, dieses Eherecht kann und darf keine Regierung obstruieren. Wir aber haben folgendes erlebt: Nachdem einmal die Dispenspraxis eingetreten war, indem ein altes, nahezu ein Jahrhundert ganz unbestrittenes Recht der politischen Landesstelle den Zeitumständen entsprechend weiter ausgenutzt wurde, hat sich folgender Zustand ergeben: Das Bundeskanzleramt hat namens der Bundesregierung die Ehedispense beim Obersten Gerichtshof angefochten — dasselbe Bundeskanzleramt hat aber die Dispense weiter erteilt. Allerdings der Herr Bundeskanzler nicht selbst. Der Herr Bundeskanzler hat Bedenken gegen die Kränkung des Sakraments der Ehe, dieses Heiligtums. Und der Herr Bundeskanzler schließt einen politischen Vertrag mit einer anderen Partei, wonach an seiner Statt der Vizekanzler die Dispense zu erteilen befugt sein soll.

Darf man so mit Sakramenten Handel treiben? Und darf man annehmen, daß ein solches Handeln mit Sakramenten eine Rechtfertigung dafür bieten soll, daß das Eherecht nicht dem deutschen Eherecht angeglichen wird? Es ist ein unerträglicher, ein unmöglicher Rechtszustand entstanden, der heute schon 20.000 Familien trifft, ein Rechtszustand, der eine Schande vor Europa ist, ein Rechtszustand, der heute schon hinübergreift auch auf das Deutsche Reich und überall dorthin, wo österreichische Katholiken leben. Das ist ein Zustand, der uns bloßstellt, eine Bloßstellung, die auf dem deutschen Juristentag in Salzburg selbstverständlich auch von der Gesamtheit der deutschen Juristen wahrgenommen worden ist. Nichtsdestoweniger hat die Regierung auch in dieser Sache beharrlich den Willen des Hauses obstruiert — ich kann es nicht anders nennen.

Nun könnte man sagen: Ja, es ist eben nicht diese Mehrheit, die Regierung hätte demissionieren müssen. Wenn wir französische politische Gebräuche hätten, so hätte jede Abstimmung selbstverständlich die Demission der Regierung zur Folge haben müssen. Es hätte sich eine anders geschichtete Mehrheit gebildet, welche dieses und jenes Gesetz beschlossen hätte, worauf unter anderen Umständen wieder eine andere, die alte Mehrheit, zurückgekehrt wäre. Das wäre der Vorgang nach westlichem Muster. Ich will nicht strenge sein, aber ich weiß nicht, nach den Erfahrungen der letzten Regierungsbildung, ob ein öfterer Regierungswechsel bei uns nicht die dem Staatsbürger für politische Interessen offene Zeit ungebührlich lange in Anspruch nehmen würde.

Aber wenn die Dinge schon nicht so liegen, daß die unmittelbare Anpassung der Regierung an jeden einzelnen Beschluß des Parlaments vollzogen wird, so müßte die Regierung wenigstens dem Hause die Freiheit lassen, trotz einer bestimmten Mehrheitsbildung, die auf Dauer berechnet ist, im einzelnen Fall nach freier Entschließung Gesetzgebungsmaterien zu regeln. Aber die Regierung hatte ja keinen anderen Gedanken als den Kampf gegen die Sozialdemokratie, und dieser eine einzige Gedanke hat ja bewirkt, daß, weil man die Sozialdemokratie zu Verfassungsgesetzen gebraucht hat, in unserer Verfassungsgesetzgebung ein vollständiges Vakuum eingetreten ist, ein gefährliches und in gewissem Sinne lächerliches Vakuum. Die Regierung ist mit den Grundsatzgesetzen lange Zeit, über den gesetzten Termin hinaus, im Rückstand geblieben. Dadurch ist neue Verwirrung entstanden, Verwirrung auch in der Judikatur. Auch das Verfassungsleben hat in der unerhörtesten Weise gelitten — alles aus dem einen Grunde, weil man mit der Sozialdemokratie als Opposition, mit der Sozialdemokratie als einer starken politischen Partei, als der Vertreterin einer großen und für das Gemeinschaftsleben wichtigen Klasse nicht reden und verhandeln durfte.

Noch schlimmer ist diese unerträgliche Einseitigkeit fühlbar gewesen in bezug auf das Verhältnis zwischen der Stadt Wien und dem Bunde. Der neue Herr Bundeskanzler hat sich vorbehaltlos auf den Boden unserer Verfassung gestellt. Ich unterstreiche das Wort „vorbehaltlos“. Er hat die koordinierte Rechtsordnung der Länder und des Bundes hervorgehoben, er hat beigefügt, daß die Interessen der Länder in das Gesamtinteresse des Bundes eingeordnet werden müssen und daß er es als ein oberstes Gebot seiner Regierungspraxis ansehe, das Verhältnis zwischen Bund und Ländern vertrauensvoll zu gestalten. Das Bekenntnis haben wir vorher in dieser Unbedingtheit nicht vernommen. Aber was hat es denn verhindert? Die frühere Regierung hat ja auch gegenüber den anderen Ländern manches verfehlt, und wenn der Herr Bundeskanzler Dr. Seipel bei seiner Abschiedsrede die Beamten der Zentralverwaltung darüber trösten zu müssen glaubte, daß die Bürokratie oft nur deshalb angegriffen werde und angegriffen worden sei, weil man den Kanzler anzugreifen nicht den Mut hatte, so geht diese Klage darauf zurück, daß entgegen den Grundgedanken unserer Verfassung die Zentralregierung — die Regierung Seipel-Kienböck — es nicht hat fehlen lassen an Geringschätzung der Rechte der Länder im allgemeinen. Aber dies war doch der Hauptsache nach nur ein Ausfluß der Tatsache, daß die Regierung ihre wesentliche Aufgabe darin gesehen hat, das Bundesland Wien zu kränken und zu hemmen und durch Nadelstiche bis zum äußersten zu reizen. Und diese einseitige Politik geht wieder auf die eine einzige falsche Grundeinstellung zurück. Ich weiß ja nicht, in welchem Sinne der Herr Bundeskanzler Streeruwitz in seiner Rede das Wort „Länder“ gebraucht hat. Ich hoffe, im verfassungsmäßigen Sinne. Wenn er das getan hat, so muß ich annehmen, daß er meint, daß diese vertrauensvolle Gestaltung des Verhältnisses zwischen Bund und Ländern sich auch auf das Verhältnis des Bundes zum Lande Wien beziehen soll, und daß er es unterlassen wird, eine Politik der lächerlichen Nadelstiche und der kleinlichen Schikanen gegenüber Wien zu betätigen, die der Zentralregierung nichts nützt, den öffentlichen Geist zu vergiften aber viel beigetragen hat.

Eine weitere Folge dieser einseitigen Einstellung der Regierungspolitik war, daß das Regime auch wirtschaftspolitisch immer unfruchtbarer geworden ist. Der Herr Kanzler Streeruwitz hat auf die Verdienste des Regimes Seipel in bezug auf die Stabilisierung der Währung und auf die Ordnung des Staatshaushaltes hingewiesen. Das Lied wird nun schon viele Jahre gesungen, es ist aber auch das einzige, das gesungen werden kann, wenn man von staatlicher Wirtschaftspolitik redet. Die letzten Jahre waren wirtschaftspolitisch absolut unfruchtbar und

wieder nur aus dem einen Grunde, weil man in der idiosynkratischen Einstellung der Regierung gegenüber der Sozialdemokratie und der Stadt Wien alle anderen Staatsinteressen, alle kulturellen Interessen, die Interessen des Rechtsstaates, die Interessen des Bürgerfriedens, alles in den Hintergrund gestellt hat, bis man eben zu einem Ergebnis gekommen ist, das für uns Sozialdemokraten sehr beruhigend, aber für diese Politik wirklich beschämend ist, dem Ergebnis, das sich in den letzten Wahlen gezeigt hat. So viele Kämpfe; alles gegen die Sozialdemokraten; alle werden vereint und alles wird aufgeboten — und das Ende vom Lied ist der Sieg in Graz, der Erfolg in Oberösterreich, der Erfolg selbst in Tirol, die Fortschritte der Sozialdemokratie in Innsbruck. Es ist also klar geworden, daß diese Politik ihr inneres Ziel nicht im geringsten erreicht hat, daß man im Sinne der früheren Politik nicht nur nicht einen Schritt weitergekommen ist, im Gegenteil, so weit zurückgeschlagen worden ist, daß man zum Schluß die größte Sorge hatte, es könnte am Ende zu Neuwahlen kommen, welche diese teilweise Niederlage durch eine allgemeine bestätigen. Und die Unkosten dieses Feldzuges sind, daß unsere wirtschaftliche, unsere staatliche, unsere kulturelle, unsere allgemeine Politik vollständig ins Stocken geraten ist. Das ist das Ergebnis.

Es ist nunmehr in einem — man kann sagen — bald neunjährigen Kampf erwiesen, daß die Sozialdemokratie unerschütterlich ist und daß sie, obwohl selbstverständlich auch ihr durch den Aufbau unserer ganzen Bevölkerung Grenzen gezogen sind, in ihrem Bestehen nicht so zu behandeln ist, als wäre sie ein staatsfremder Teil, als wäre sie außerhalb des Gesetzes zu stellen, als müßte man mit ihr nicht reden. Es ist erwiesen: Man kommt über die Sozialdemokratie nicht hinweg! (*Lebhafter Beifall.*) Diese Erfahrung haben Sie gemacht, und wenn eine neue Regierung aus der Vergangenheit lernen will — nicht aus den vielen Einzelheiten, sondern aus dem Ganzen —, so kann sie nur das eine lernen: Mit der Sozialdemokratie haben Sie zu rechnen als einer Opposition, als einer starken Opposition, einer Opposition, die sich selbstverständlich mit den Rechten der Opposition bescheidet, solange sie in ihrer Achtung, in ihrer staatsbürgerlichen Ehre und ihren Rechten nicht gekränkt wird. (*Lebhafter Beifall und Handklatschen.*) Ich glaube, das ist die Lehre aus der Vergangenheit.

Ich möchte nun ein paar Worte über die Entwirrungsaktion nach dem Rücktritte des Herrn Bundeskanzlers Seipel sprechen. Es war selbstverständlich, daß die stärkste Partei die Verständigungsverhandlungen übernahm, und es ist selbstverständlich, daß wir als Opposition uns dieser Entwirrungsaktion zur Verfügung stellten. Da aber die Verhandlungen, die da gepflogen wurden, so vielfach mißverstanden

worden sind, so muß ich einige Worte über sie sagen. Zunächst: Was trat bei diesen Verhandlungen zutage? Es wurde sofort sichtbar, daß alle die Fragen, die durch ein halbes Jahrzehnt gewaltsam zurückgestellt waren, die Fragen des Gegensatzes zwischen Industrie und Landwirtschaft, zwischen Stadt und Land, die Frage der Länder, des Verhältnisses der Länder zum Bund, die kulturellen Fragen, daß alle die Fragen auf einmal hervorbrachen, und es stellte sich heraus, daß diese Fragen nicht etwa im Schoße der Mehrheit durch das frühere System gelöst, sondern einfach durch die kalte Autorität des Regierungschefs aus der Welt dekretiert waren, daß die Parteien, ohne daß irgendeine wirkliche Lösung zustande kam, stummgehalten wurden. Diese Verhandlungen mußten lange dauern, und die Presse hat vollständig Unrecht, wenn sie wegen der Länge dieser Verhandlungen Klage führt. Kamen doch nahezu alle Probleme, die den Staat angehen, in diesen Verhandlungen zur Erörterung. Nicht in dem Sinne, daß irgendwelche Verträge geschlossen werden sollten. Da man vordem nur selten und niemals in voller Aufrichtigkeit gesprochen hatte, so mußte einfach alles erörtert werden, und Wirtschaftsprobleme von der Schwierigkeit des Mietenproblems sind nicht mit einem Schlag zu lösen. Es hat sich ja bald herausgestellt, daß dieses Problem nicht so einfach ist, wie es manchen Herren geschienen hat, und daß dahinter Fragen lauern, die nicht nur für die Opposition, sondern auch für die Regierungsparteien von wesentlichen Bedenken und Gefahren sind. Diese Verhandlungen mußten nach zwei Fronten geführt werden, und wenn man hinterher die Sache so darstellt, als wären während dieser Verhandlungen nichts als persönliche Intrigen gesponnen worden, so fühle ich mich als Mann der Opposition verpflichtet, das Gegenteil davon hier zu bezeugen.

Eines Ihrer Blätter, das eigentliche Regierungsorgan der Frau Seipel, die „Neue Freie Presse“ (Gelächter) — Sie sind wohl froh, daß Sie diese Protektion jetzt los werden, aber Sie werden sie nicht so bald los sein —, die „Neue Freie Presse“ schreibt (liest): „Während dieser vierwöchigen Krise hat ein solcher Wirbelsturm von inneren Zwistigkeiten die Majorität durchtobt,“ — hören Sie nur! — „daß naturgemäß die Nachwehen nicht sofort, ja nicht einmal binnen kurzer Frist aufhören dürften. Werfen wir nur einen Blick auf diese peinlichen Zusammenstöße, auf diese Serie von Häßlichkeiten, auf diese Kette von moralischen Niederlagen. In dieser Krise gab es mehrere Parteien innerhalb der Christlichsozialen und des Landbundes. Die einen fühlten es als ihre Aufgabe, sich restlos der Minorität an den Hals zu werfen . . .“ Es ist merkwürdig, daß die Unterhändler der Minorität zwar Verhandlungspartner gefunden haben, welche mit Ernst und mit dem guten Willen, zu einem Ergebnis zu

kommen, aber dennoch mit außerordentlicher Zähigkeit ihren Standpunkt ins Feld geführt haben. Da heißt es (liest): „Die einen fühlten es als ihre Aufgabe, sich restlos der Minorität an den Hals zu werfen“ — das „restlos“ ist dabei besonders reizend — „und Koalitionspolitik zu treiben bis zur Entselbstung.“ Ich glaube, jeder, der eingeweiht ist, weiß, daß von Koalition zwischen der heutigen Opposition und der Mehrheit in keinem Stadium dieser Verhandlungen auch nur andeutungsweise ein Wort gefallen ist. Es hat sich darum gar nicht gehandelt, und die Opposition hat vom ersten bis zum letzten Tage die Frage der Regierungsbildung und der persönlichen Besetzung der Regierung lediglich als Sache der Mehrheitsparteien behandelt. Das Blatt schreibt weiter (liest): „Haben die Koalitionsbrünstigen solche Torheiten bewirkt, nicht besser arbeiteten jene, die mit dem Gedanken einer ‚starken Regierung‘ sich versuchten.“ Die sind nicht immer da. (Liest:) „Es mag ja auch vielleicht nicht immer ganz ehrlich hergegangen sein bei diesen großsprecherischen Drohungen, vielleicht waren diese laut hinausgeschrienen Worte nicht viel anders als ein Substrat für politische Geschäfte, ein Kompensationsobjekt für spätere Päckeleien.“ Das Ganze wird ein „Streit herrschsüchtiger Diadochen“ genannt.

Ich führe das nur an, um zu zeigen, wie ernst und wirklich mit erschöpfender Geduld geführte Verhandlungen mißverstanden werden können. Von einem „Streit herrschsüchtiger Diadochen“, die sich um den Bundeskanzlerposten gedrängt hätten, ist nicht viel bemerkt worden, eher eine Flucht vor diesem Bundeskanzlerposten. (Heiterkeit.)

Es ist also sehr ernst verhandelt worden, und ich muß auch dagegen Protest erheben, daß von einer anderen Seite, die sonst uns näher zu stehen vorgibt, gesagt wird, daß da geheime Päckeleien stattgefunden hätten, von denen niemand etwas wußte und die irgend jemanden binden sollten. Ich stelle fest, daß bei diesen Verhandlungen von vornherein der Grundsatz festgehalten wurde, daß keine Abmachungen getroffen werden. Die Verhandlungen wurden als eine einzige, große, aufrichtige und vertrauliche Expertise darüber geführt, was politisch möglich und nicht möglich ist. Daß eine Expertise dieser Art, die durch Wochen geführt wird, zu keinen fertigen Abmachungen führen kann, versteht sich von selbst. Ich und viele meiner Parteifreunde haben den Eindruck, daß sich aus dieser Expertise ergibt, in den allermeisten Fragen seien sachlich und mit Rücksicht auf die obwaltenden Interessen der breitesten Volksschichten Lösungen und Auswege möglich, selbstverständlich unter der Voraussetzung, daß die Interessen der einen wie der andern vertretenen Volkskreise dabei zu Worte kommen und Beachtung finden.

Nun also, das war das Ergebnis der Verhandlungen. Daß es einen positiv artikulierten Abschluß nicht finden konnte, ist selbstverständlich, und deshalb konnte natürlich, da kein Pakt geschlossen wurde, auch kein Abkommen das Ergebnis sein, das an Stelle der heute noch bestehenden seinerzeitigen Vereinbarung vom Dezember zwischen den Parteien, das Ihnen allen bekannt ist, geschlossen worden wäre. Solange dieses Übereinkommen durch kein anderes ersetzt ist, ist es selbstverständlich, daß der Dezemberpakt steht. Diese Verhandlungen zwischen den Parteien — ich muß gestehen, daß die Öffentlichkeit den Unterhändlern aller Parteien auch darin in gewissem Sinne unrecht tut — haben, soweit wir Zeugen davon sein konnten, auch eine solche Sachkenntnis im einzelnen und einen solchen Eifer im Interesse des Ganzen bewiesen, daß man gestehen muß, man kann gerade aus solchen Ereignissen wie diesen Verhandlungen die Hoffnung schöpfen, daß eine Entwirrung möglich ist.

Nun sollen wir aber einen neuen Weg einschlagen, und es handelt sich darum, zu wissen, welches dieser neue Weg sein soll. Die Radikalen von rechts empfehlen den Weg der Gewalt, der alle diese Dinge lösen soll, und wir haben hier Erklärungen, welche zeigen, daß innerhalb der Regierungsparteien auch schon Kräfte lebendig sind, die jeder Verständigung im Wege stehen. Da ist zum Beispiel der Herr Dr. Steidle, der eine Rede über das Notstandsrecht unseres Volkes hält. Er macht über die Verfassungsreform Vorschläge, über die ich im einzelnen nicht zu sprechen brauche, denn jede Verfassung ist des Ausbaues fähig, und auch die österreichische Verfassung verträgt einen Ausbau in vielen, vielen Punkten, und es ist im höchsten Grade beklagenswert, daß wir es zehn Jahre lang im wesentlichen mit der Verfassungsarbeit eigentlich nicht weiter gebracht haben. Herr Dr. Steidle verkündet also ein sogenanntes Notstandsrecht und sagt: „Eine Verfassung ist eigentlich nur ein papierenes Instrument, und wenn diese Verfassung versagt, dann habe ich das Recht, eine papierene Verfassung als das mindere Rechtsgut anzusehen und sie zu beseitigen, sei es mit welchen Mitteln immer. Wir fassen die Notwendigkeit, einmal vom Notstandsrecht unseres Volkes Gebrauch zu machen, ganz bewusst ins Auge.“ Infolgedessen also die Drohung mit dem Staatsstreich im Namen des Notstandsrechtes. Über dieses Notstandsrecht möchte ich den Herrn Dr. Steidle belehren, wenn er als Jurist einer Belehrung zugänglich ist. Das Notstandsrecht ist ein Recht auf Grund der staatlichen Gesetze, und wir wissen genau, in welchen Fällen das Handeln im Notstande straflos ist. Ein Notstandsrecht in diesem Sinne gibt es als staatsbürgerliches Recht nicht. Es gibt allerdings im Leben der Klassen und Völker ein Handeln im Notstande, aber das Not-

standsrecht hat eben den einen Nachteil, daß der Notstand des einen sofort auch den Notstand des anderen losbindet und daß der Kampf derjenigen, die den Notstand für sich geltend machen, eben das ist, was man Bürgerkrieg nennt. Wenn Dr. Steidle aber die österreichische Verfassung eine papierene Verfassung nennt, so irrt er sich sehr, denn hinter dieser Verfassung steht die Gesamtheit der mitwählenden Frauen und Männer Österreichs. (*Lebhafter Beifall und Händeklatschen.*) Wenn er im Namen irgendeines mystischen Volksbegriffes spricht, so verweisen wir ihn darauf, daß diese Verfassung es ist, welche das ganze erwachsene Volk zur Entscheidung mitberuft, und daß derjenige, der diesem Volke das oberste Entscheidungsrecht, das Wahlrecht, nehmen will, sich gegen das Volk auflehnt, sich gegen die Majestät des Volkes vergeht und daß für ihn keinerlei Rechtstitel besteht, wenn wir schon hier in solchen Fragen von Rechtstiteln sprechen wollen. Aber hinter dieser Verfassung steht auch noch etwas anderes. Auf Grund dieser Verfassung regieren sich unsere Gemeinden selbstständig; auf Grund dieser Verfassung regieren sich unsere Länder selbständig. Unsere ganze Autonomie ruht auf dieser Verfassung, und die Aufhebung dieser Verfassung hieße eben auch, diese Autonomien kränken. Es sind ja viele Gedankenlose, welche mit den Ideen des Faschismus spielen. Aber diejenigen, die die Erfahrung haben — und der Herr Steidle sollte die Erfahrung als Tiroler haben —, daß die italienische Gemeinde heute nicht mehr durch ihren Bürgermeister, sondern durch den von oben eingesetzten Syndaco regiert wird und daß die letzten Reste der provinziellen Freiheit aufgehoben worden sind, müssen wissen, daß nicht nur das Recht des einzelnen Staatsbürgers, sondern die in unserem ganzen Rechtsleben tief verankerten, in unser Volksbewußtsein völlig aufgenommenen Rechte der Gemeinden und der Länder mit in der Verfassung ruhen und durch den Faschismus mit bedroht sind. Wenn das der großen Überzahl unseres Volkes bewußt ist, so gibt es gar keine Frage darüber, daß ein solches Notstandsrecht und die Drohung mit dem Sturze der Verfassung nichts als eine Herausforderung des Volkes, nicht ein Handeln im Namen des Volkes ist. Ich hoffe, es ist uns die Probe erspart, ob diese Verfassung nur ein Blatt Papier ist. Aber wenn es zur Probe kommt, so werden die Österreicher und werden unsere Gegner sehen, daß Millionen Proletarier die bürgerliche demokratische Freiheit und diese Verfassung mit ihrem Leib und Leben verteidigen werden. (*Beifall und Händeklatschen.*)

Aber da gibt es ja noch andere Heimwehrführer, welche es verschmähen, sich das Mäntelchen irgendeiner juristischen Erklärung umzuhängen, bei denen einfach der Hochverrat sich nackt manifestiert. Da sagt der Herr Priemer — in Willach, glaube ich, und

er wiederholt es ja immer — (*liest*): „Unser weiterer Kampf gilt dem korrupten demokratisch-parlamentarischen System und dem sogenannten Wahlbeamtentum“, das heißt also den Bürgermeistern, den Landesregierungsmitgliedern, den gewählten Regierungsmitgliedern. (*liest*:) „Ich habe seit jeher den Marsch auf Wien gepredigt, denn Hilfe für unseren Staat kann erst dann kommen, wenn wir das rote Wien erobert haben. Aber die Eroberung muß restlos sein, sie kann nur mit der Waffe in der Faust geschehen. Wir wissen ganz genau, was wir wollen . . .“ usw. Das ist nacktester, offenkundigster Hochverrat, und wenn wir das Glück haben werden, das neue deutsche allgemeine Strafgesetzbuch auch in Österreich zu haben, so werden wir ja sehen, ob der Zustand weiter erträglich ist, daß die Staatsregierung jeden armen Teufel, der in einem Lohnkampfe ein heftiges Wort gegen irgendeinen Unternehmer oder Unternehmersöldling gebraucht, wegen Erpressung einsperret, daß aber hier manifeste Hochverräter von den Behörden nicht nur geduldet, sondern von den höchsten Regierungsspitzen empfangen werden. „Deshalb gibt es“ — heißt es weiter — „für die Heimwehren nur den rücksichtslosen Kampf gegen die Sozialdemokraten und ihr Bonzentum, es gibt nur einen Kampf bis aufs Messer. Einer muß liegen bleiben: entweder der Heimatschutz oder die Marxisten.“

Meine Damen und Herren, es ist schwer, derlei ernstzunehmen. Aber es tut doch not, einiges über diese ganze Geistesrichtung zu sagen. Diese Geistesrichtung ist für den Staat Österreich insofern gefährlich, weil ja das politische Dasein eines Gemeinwesens wie des unsrigen überhaupt schwierig ist. Wir sind ein verstümmelter Staat, wir sind ein Staat in großer wirtschaftlicher Bedrängnis, wir sind ein Staat, der selbstverständlich, weil der Tisch für $6\frac{1}{2}$ Millionen zu schmal ist, auch schwere soziale Konflikte haben muß. Wenn man in diesem Staate wirklich das Experiment eines Bürgerkrieges machen wollte, so darf man sich nicht darüber täuschen, welche Folgen er hätte. Es gibt Staatswesen, welche große Erschütterungen ertragen und dennoch fortleben, es gibt auch Volkswirtschaften, welche politische und soziale Experimente der weitesttragenden Art sich gestatten können. Wir können uns das nicht. Alle inneren Wirren sind schon außenpolitisch bei uns von besonderer Bedeutung. Bedenken Sie, daß wir eigentlich ein Land sind, daß nur Grenzen und Grenzprovinzen hat, bedenken Sie, daß wir das Burgenland haben, das im Osten bedroht ist, daß in Kärnten, Tirol überall ungeklärte Nachbarschaftsverhältnisse sind — wenn ich so sagen darf —, und welche Bedeutung es hätte, wenn innere Wirren zu einer auswärtigen Intervention führen würden. Aber davon noch abgesehen, unsere Volkswirtschaft, die auf ausländische Kredite angewiesen ist, gleicht

doch einem Krankenhaus, in dem die Kranken mühselig am Leben erhalten werden. Nun, in einem Krankenhaus veranstaltet man keine Tumulte, und ein Bürgerkrieg in unserem Lande würde selbstverständlich den wirtschaftlichen und den politischen Ruin bedeuten.

Aber in diesen Kreisen hat sich mir etwas anderes geoffenbart, das die Front des Heimatschutzes völlig verschiebt. Es ist heute wohl jedermann klar, auch den Heimatschützern, daß sie die Sozialdemokraten nicht niederringen werden. Aber etwas anderes macht sich bemerkbar und sehr empfindlich bemerkbar. Wir sehen jetzt neue Leute, welche glauben, mit dem Gewehrkolben alle Fragen lösen zu können, neue Leute, welche rasch fertig sind mit dem Entschluß, und die wollen sich halt im Rahmen des Bürgertums an die Stelle derjenigen setzen, die bisher die Führer der Bürger und Bauern waren. Natürlich ist das ein Versuch, der für einen Gegner, der die Dinge beobachtet, ein gewisses Interesse bietet. Ich sehe mir die Männer an, die hier die Vertreter der Bauernschaft sind innerhalb der Mehrheitsparteien von der einen wie von der anderen Partei. Das sind Männer, welche sich bei den ländlichen Genossenschaften hervorgetan haben, welche mühselig die landwirtschaftlichen Interessen ihres Standes und ihrer Standesgruppe vertreten haben durch Jahre hindurch, hier ein Lagerhaus geführt haben oder dort eine Raiffeisenkasse oder eine ländliche Gemeinde und welche im Dienst ihrer Klasse und ihres Standes ergraut sind, welche dann auf diesem Wege der wirtschaftlichen Arbeit das Vertrauen ihrer Klassengenossen erworben haben und in Folge dieses so errungenen Vertrauens in den Landtag und dann in den Nationalrat gewählt worden sind, durchdrungen in erster Linie von den wirtschaftlichen Interessen ihres Standes. Ich sehe hier den Bürgermeister Kollmann, der in seiner Stadtverwaltung als Bürger aufgedient hat, der die bürgerliche Sparkasse geführt hat und der in all seinem Denken und in all seinem Handeln von jeher durchdrungen ist von der Pflicht, Arbeit, reelle wirtschaftliche Arbeit für seine Standeskollegen zu leisten, genau so wie auf unserer Seite natürlich der Gewerkschafter und der Genossenschaftler, der Ortsvertrauensmann, der die ganze wirtschaftliche und kulturelle Arbeit für das Proletariat geleistet hat, zum Schluß in den Landtag und in den Nationalrat gewählt wird. Nun kommen diese neuen Leute. Denen genügen die alten nicht mehr. Natürlich, die alten haben ja etwas gelernt, sie wissen, wie schwierig alle Dinge sind, wie mühselig die politische und wirtschaftliche Arbeit aus dem Kleinen heraus ist, wie schwer es ist, ein paar hundert Bauern zusammenzuführen zu einer Genossenschaft. Aber das gilt bei diesen Leuten nichts. Sie sind rasch fertig mit dem Wort und mit der Tat. Das sind die Dreschflegelhelden, die sagen: Alle Fragen sind

sofort gelöst, wenn man dreinhaut. Denen genügt diese Vertretung nicht mehr, und sie kommen daher und spielen die großen Männer, sie sind die Heimwehren und Heimatschützer, die das einzige Rezept haben: Nehmt den Dreschflegel und haut drein. Selbstamerweise sind das in der Regel Leute, die nie einen Dreschflegel in der Hand gehabt haben; das sind Intellektuelle, das sind Landadvokaten, das sind ausgediente Offiziere u. dgl. Die haben Sie sich nun als Ihre Führer eingewirtschaftet, und es dünkt mich so, als ob das Heimwehrproblem gar nicht mehr ein Problem der Sozialdemokratie ist — in dem Punkte ist es erledigt —, es ist ein Problem der bürgerlichen Parteien geworden. Sie werden die Sorge haben, sie loszuwerden, nicht wir. *(Lebhafter Beifall.)*

Dabei sind diese neuen Männer, die sich da auf-tun, als hätten sie die politische Weisheit gepachtet, von einer Primitivität, die ganz erstaunlich ist. Ich nehme nur Herrn Steidle. Was für ein politisches Ingenium muß das sein, daß er sich einen Herrn Papst, den Ausgestoßenen der Nation, einen über-wiesenen Verbrecher, als Hauptmitarbeiter hat einschmuggeln lassen! *(Zustimmung.)* Welch hohe poli-tische Konzeption, welche Menschenkenntnis muß der Herr Steidle haben, es sei denn, ich müßte an-nehmen, daß eine Seelenverwandtschaft zwischen ihm und dem Herrn Papst besteht, was ich vorläufig nicht will. Das alles drängt sich vor und will mit Gewalt Politik machen. Es ist selbstverständlich, daß der gesunde Sinn unseres Volkes ein solches Experiment nicht machen will und nicht machen wird. Es ist nie zu fürchten, daß eine solche Richtung Erfolg haben könnte, es ist nur zu fürchten, daß sie unserem Lande und allen miteinander Unheil und Unglück bringt, und das wollen wir soviel als möglich vermeiden. Es kann schon sein, geehrte Herren von der Regierungsmehrheit, daß Sie eines Tages noch recht froh sind darüber, daß es Sozialdemokraten gibt, die die Verfassung verteidigen; das kann schon sehr wohl der Fall sein.

Die Gewalt also ist kein Weg. Die Verhandlungen haben erwiesen, daß es andere Wege gibt. Gestatten Sie, daß ich darüber ein paar Worte sage. Es ist selbstverständlich nicht möglich, im einzelnen auf alle Fragen einzugehen; diese einzelnen Fragen sind ja sachlich so vielfach verwickelt, daß eben die Arbeit in den Ausschüssen erst die Ent-scheidung bringen kann.

Auch wir sind der Meinung, daß wir in der Verfassungsgesetzgebung weiterkommen müssen, daß alle die kulturpolitischen und verfassungspolitischen Mängel, die ich aufgezeigt habe und die zurückgestellt sind, endlich geheilt werden. Ich möchte mich aber besonders auf die Wirtschaftsgesetzgebung beziehen, da ja der Herr Bundeskanzler auch die wirtschaftlichen Aufgaben in den Vordergrund gerückt hat.

Hier muß ich nach wie vor als Sozialdemokrat bekennen: Wirtschaftsgesetzgebung ist für uns in erster Linie soziale Gesetzgebung, und bei der heutigen Lage der Dinge ist das erste und wichtigste, was wir fordern, das Inzulebentreten der Altersversicherung. *(Lebhafter Beifall.)* Der Herr Bundeskanzler hat den Wohlstandsindex, mit dem uns die Altersver-sicherung als fertiges Gesetzeswerk plötzlich hinweg-genommen wurde, in seiner Rede, wenn ich ihn recht verstanden habe, fallen lassen. Aber er hat eine andere Bedingung gestellt, indem er erklärt hat, die Altersversicherung müsse durch Steuernachlässe kom-pensiert werden, und erst insofern diese besonderen Steuernachlässe — über die allgemeinen Steuer-nachlässe hinaus — gewährt sind, könnte die Alters-versicherung verwirklicht werden. Man muß auch einen solchen Vorschlag prüfen, aber die Arbeiter-schaft wird sich nicht damit beruhigen, daß ein Index durch einen anderen Index ersetzt wird, der wiederum eine Anweisung auf eine unbestimmte Zukunft sein soll. *(Lebhafter Beifall.)*

Wir wollen hier nicht Formeln, sondern die Tat sehen. Der Herr Kanzler hat die 11. Novelle zum Invalidentenschädigungsgesetz erwähnt und ihre Verabschiedung, die Verlängerung des Invalident-beschäftigungsgesetzes in Aussicht genommen. Wir nehmen das zur Kenntnis. Als einen Teil der So-zialpolitik — und hier unterscheiden wir uns vom Herrn Bundeskanzler — betrachten wir vor allem auch die Wohnungs-, Wohnbau- und Mietenfragen, während er sie in einen allgemein wirtschafts-politischen und kreditpolitischen Zusammenhang rückt. Ich habe schon bemerkt, daß die Expertise dieser vielen Wochen über die Mietenfrage erst die unge-heure Relevanz jeder einzelnen Bestimmung für große Volkskreise ergeben hat. Wir haben in diesen Verhandlungen erst feststellen müssen, wie der so harmlos aussehende § 18 über die freie Verein-barung eine unerträgliche Herausforderung der ganzen Mieterschaft ist, und die Regierungsparteien haben es ja aus ihren eigenen Wählerkreisen er-fahren, daß eine solche Belastung, eine solche heim-liche und unmerkliche Belastung unmöglich ist.

Ich möchte hier nun das sagen, worauf es uns in dieser ganzen Frage ankommt. In zwei Pro-grammsätzen ist unsere Haltung erklärt. Wir wollen von den Wohnungsbedürftigen die alten Mieter schützen, wir wollen die neuen beherbergen. Die Frage der neuen Mieter, der nachwachsenden Gene-ration wird von Jahr zu Jahr dringender. Die Wohnungsfürsorge für sie wird ein absolutes Gebot der sozialen, der kulturellen, der sanitären Verhält-nisse der Städte und des flachen Landes, ja des bloßen Daseins der bürgerlichen Familie, der Ehe-schließung, der Begründung eines Hausstandes. In-solgedessen rückt für uns der Wohnungsbau in den Vordergrund, und wir sagen uns, so wie wir es

bei der Wohnbausteuer gesagt haben, daß eine erträgliche, nicht zu schwere Belastung derjenigen, die heute wohnen, zugunsten derjenigen, die keine Wohnung haben, zugunsten des Wohnungsbaues, einen Ausweg bietet, um aus den Schwierigkeiten herauszukommen. Zugleich aber kommt hier die Frage der Arbeitslosigkeit, der Arbeitsbeschaffung durch die öffentliche Bautätigkeit in Betracht, und es ist selbstverständlich, daß wir auch in diesem Sinne die Wohnbautätigkeit fördern wollen.

Von diesen Hauptgrundsätzen haben sich unsere Vertreter bei diesen Beratungen leiten lassen, und ich sehe, daß, je mehr man die konkreten Interessen in die Waagschale warf, man desto mehr einander näher kam. Aber wir sind weit davon entfernt, in diesen Wohnbau- und Mieterfragen das einzige wirtschaftliche und soziale Problem zu sehen oder auch nur das allerwichtigste, so daß andere Fragen nicht mehr zur Geltung kommen können. Die Frage der Arbeitslosigkeit, die der Herr Bundeskanzler ja auch berührt hat, fordert von uns nicht nur eine gewisse Kompensation, wenn eine Mietzinssteigerung eintreten sollte, sie erfordert auch dauernde Rücksicht durch eine systematische Wirtschaftsförderung.

Die Frage der Kleinrentner ist im Zusammenhang dieser Dinge gleichfalls ins Rollen gekommen. Es handelt sich dabei nicht nur darum, daß viele von diesen armen Opfern der Geldentwertung, also des Krieges, auch durch eine Wohnungsreform betroffen werden, es handelt sich hier um die Aufrechterhaltung der einfachsten Gleichberechtigung innerhalb der bürgerlichen Kapitalformen, nicht einmal um eine soziale Frage. Ich kann nicht eine Besitzform aufwerten und die andere unaufgewertet lassen. Es handelt sich dabei auch um soziale Rücksichten. Wenn der Herr Kanzler auf den Antrag Hofner hinwies, der zur Beratung und Verabschiedung kommen soll, so muß doch betont werden, daß dieser Antrag in der Manier der früheren Finanzverwaltung die Kosten der Arbeitslosenversicherung dadurch zu decken sucht, daß er einen großen Anteil, 40 Prozent nehme ich an, auf die Gemeinden hinüberschieben will. Ein unmöglicher Vorgang. Wir wollen, daß endlich einmal diese Politik des Zweifelspiels aufgehört und daß Bundespflichten auch mit Bundesmitteln erfüllt werden.

In der Frage der öffentlich Angestellten wäre auch der Altpensionisten zu gedenken, von denen der Herr Bundeskanzler nicht gesprochen hat. (*Rufe: O ja!*) Doch? Dann habe ich es überhört.

Der Herr Bundeskanzler hat auch das Verhältnis der Unternehmer zu den Arbeitern in Erwägung gezogen und hat den Wunsch ausgesprochen, daß dieses Verhältnis so geordnet werde, daß es für beide Teile erträglich ist. Er hat auch vom industriellen Frieden geredet — Dinge, die für uns Sozialdemokraten natürlich von großem Interesse

sind. Wir haben ja für die Frage des industriellen Friedens Vorbilder. Der Herr Kanzler hat auch die moderne Auffassung der Industrie und dieses Verhältnisses erwähnt, die in Österreich zum Durchbruch kommen soll. Wenn ich ihn recht verstehe, dann meint er, die Bestrebungen, die anderwärts herrschen: durch beiderseitige Anerkennung der Organisation, durch redliches und aufrichtiges Anerkennen beider Organisationen, durch Verhandlungen beider Teile miteinander und durch Kollektivverträge das Arbeitsverhältnis in der Industrie zu ordnen. Seit jeher ist es unsere Auffassung: Anerkennung der Organisationen, Kollektivverträge, loyale Durchführung — das ist der industrielle Friede. Und die moderne Industrie hat sich auch darauf eingerichtet.

Aber wir sehen, daß unsere Unternehmer immer mehr unter die Führung von zunächst nur vereinzelt, aber sehr einflussreichen Industrierossen kommen, welche das alte Experiment mit den Gelben wieder machen wollen, und zwar in der unerhörten und unglaublichen Form, daß sie mit ihrem Geld Bauernburtschen mit Waffen ausrüsten gegen ihre eigenen Arbeiter und in ihre eigenen Fabriken die Brandfackel des Hasses werfen, das Arbeitsverhältnis dadurch dauernd vergiften und glauben, durch diese Verschärfung der Gegensätze den industriellen Frieden zu sichern.

Der Herr Bundeskanzler hat ja Erfahrungen in der Industrie auf Neunkirchner Gebiet; ich glaube, meine Erfahrungen in der Industrie des Neunkirchner Gebietes sind etwas älter. Das ist das Stammland der Gelben. Die Industriellen, die ältere Generation, haben die Erfahrungen gemacht — die jüngere Generation weiß wahrscheinlich nichts mehr von diesen Erfahrungen — daß man Prätorianer zahlen muß, daß diese Gelben, die da gegen die Arbeiter ausgepielt werden — und es sind in der Regel Werkführer und kleine Beamten-schichten in der Fabrik, die Fabriksbureaucratie —, zum Schluß die Herrschaft in der Fabrik haben. Es ist charakteristisch, daß eine derjenigen Betriebsstätten, wo die gelbe Bewegung am stärksten war, Krupp in Berndorf, es erleben mußte, daß die leitenden Beamten samt dem Direktor von der gelben Organisation eines Tages aus der Fabrik hinausgeworfen wurden. Das heißt, sie haben doppelt zu zahlen und haben den Unfrieden in der Fabrik.

Wir erschrecken über dieses Experiment nicht, wir wissen, wie wir uns dagegen zu wehren haben. Wir sind aber erstaunt, daß gewisse Kreise in der Industrie nichts lernen und nichts vergessen haben, daß sie sich einbilden können, daß sie auf solche Weise den Arbeitsfrieden, die Arbeitsfreude in der Fabrik und die Leistungsfähigkeit der Industrie heben werden. Ich weiß ja nicht, welchen Grad des Einflusses unser neuer Kanzler in diesen Dingen haben wird. Aber selbstverständlich erfüllt uns das Gebaren des Schwarzenbergplatzes — ich werde später darüber

noch ein Wort reden — und seine Beziehungen zu dieser Regierung gewiß mit großem Mißtrauen.

Was nun die übrigen wirtschaftspolitischen Forderungen betrifft, so wäre es sehr interessant, auch im einzelnen darauf einzugehen. Ich kann es aber, da die Zeit vorgeschritten ist, nicht mehr tun. Ich hätte sehr gern über die Ausdehnung des Bodens für die Landwirtschaft, von der der Herr Kanzler gesprochen hat, ein Wort verloren, über die Forderung, von den im Burgenlande, in unserem Osten, übermäßig großen Grundbesitz einen gebührenden Teil durch eine staatliche Aktion, durch eine wirksame Bodenreform abzutrennen, um dort unsere ausgezeichneten Landwirte und unsere burgenländischen Arbeiter- und Kleinbauernsöhne anzusiedeln, um ihnen die Auswanderung nach Amerika und die Sklaverei in der Fremde zu ersparen. *(Beifall und Händeklatschen.)* Ich hoffe, daß der Herr Bundeskanzler „die Ausdehnung des Bodens“ so versteht; ich weiß es nicht. Ich hätte auch gerne über die Kreditorganisation, über die Elektrifizierung, über die Mitwirkung der Genossenschaften usw. gesprochen. Es führt aber zu weit.

Zweifellos ist unser Land wirtschaftspolitisch sozusagen verwahrlost und ausgehungert. Wir haben eine systematische Wirtschaftspolitik nicht gemacht, wir haben eine in den Bahnen der Überlieferung wandelnde Handelspolitik, welche neue Wege nicht geht. Wir Sozialdemokraten erkennen an, daß sich die Landwirtschaft in einer schweren Krise befindet. Wir erkennen an, daß Staatshilfe notwendig ist. Wir leugnen aber, daß bei der Konfiguration unseres Wirtschaftsgebietes mit Zöllen wirklich etwas anzurichten ist. Sie belasten den Konsum, sie ruinieren sich selbst den inneren Markt, zerstören der Industrie die Ausfuhrmöglichkeit, ruinieren ihr den äußeren Markt, und das Ende vom Liede ist, daß die Landwirtschaft erst recht nicht geschützt ist. Hier sind neue Wege zu gehen, und wir haben Ihnen diese neuen Wege gewiesen. Sie haben sie abgelehnt, weil Sie gemeint haben, auch in dieser Frage auf die Sozialdemokraten nicht hören zu sollen. Wir werden also über diese wirtschaftspolitischen Dinge anderwärts zu sprechen Gelegenheit haben, und ich komme nun zur Schlußfolgerung:

Wir haben vor uns ein großes staatspolitisches und wirtschaftspolitisches Arbeitsfeld. Unfertig ist unsere Verfassung, unfertig sind unsere öffentlichen Einrichtungen, unsere Wirtschaft leidet unter den Nachwirkungen des Krieges, wir haben die Menschen wieder zu gefunden, wir haben die wirtschaftlichen Einrichtungen wieder aufzubauen, unsere Landwirtschaft ist in einer Krise, unsere Industrie in Exportschwierigkeiten — zu tun ist aller Hände voll. Wir stehen an einer Wende. Diese Arbeiten sollen aufgenommen werden, und da fragt es sich nun in der allgemeinen Wende: Was bedeutet diese Regierung,

die vor uns tritt, was bedeuten die Männer, die diese Regierung ausmachen, und was bedeutet dieses Programm? Programme verpflichten, soweit die Allgemeinheiten, die darin ausgesprochen sind, Verpflichtungen begründen können. Ich zweifle gar nicht, daß eine Regierung in der Blütenfreude ihrer ersten Stunden alles Beste und Schönste und insbesondere den Frieden mit allen und gar erst den Frieden mit der Opposition will und keine Kritik wünscht. Aber wir können uns nicht darauf verlassen, was Erklärungen sagen, wir können uns nicht einmal auf die Lage verlassen, die ja gebieten würde, daß eine Regierung den Weg der Verständigung sucht, wir müssen uns auf die Tatsachen verlassen.

Und im Rahmen aller Notwendigkeiten, was ist nun diese Regierung? Es wurde höchst zaghaft ein Schritt nach vorne gemacht und sofort wieder ein Schritt zurück. Die Regierung selbst ist in ihrer ganzen Zusammensetzung eine Halbheit, und ich werde mir erlauben, das auch aufzuzeigen. Zunächst, was die Person des Herrn Bundeskanzlers anbelangt. Nicht daß er aus der Industrie stammt, macht uns in irgendeiner Weise bedenklich. Im Gegenteil, wir haben es immer erschwerend gefunden, daß entscheidende Regierungsstellen nicht aus unmittelbarer Anschauung vom Wirtschaftsleben, sondern nach dem Hörensagen urteilen, nach Informationen, die sie halb und halb verstehen.

Es ist uns geradezu erwünscht, daß einmal ein Industrieller Kanzler ist, der sich als Industrieführer in der Industrie real betätigt hat. Meine Freunde, die Gewerkschaften vertreten, kennen den Herrn Kanzler länger, noch bevor er Kanzler und noch bevor er Abgeordneter war. Sie haben oft und oft Verhandlungen mit ihm geführt, sie haben in ihm einen harten, einen vielleicht etwas reizbaren, aber immer einen loyalen Widerpart gefunden. Wir sind also in dieser Hinsicht gar nicht voreingenommen. Aber auf der andern Seite muß der Herr Kanzler verstehen: Sein politisches Leben hat er begonnen, indem er im Namen des Schwarzenbergplatzes auf die Liste unseres Wahlkreises gekommen ist. Er muß verstehen, daß die Arbeiter demjenigen, der vom Schwarzenbergplatz kommt, kein Vertrauen entgegenbringen können in bezug auf die Führung der politischen Geschäfte. Ein Vorschuß in Vertrauen wird nicht gegeben. Nun hören wir, daß Herr Steidle verkündet hat, die Regierung, also der Chef, habe ihm, Herrn Steidle, bei den vorangegangenen Verhandlungen die Versicherung gegeben, daß den Heimwehren der Schutz der Regierung dauernd gewährt werden soll. Welches Vertrauen sollen wir da haben? Es ist ausgeschlossen, daß wir diese Dinge nicht sehen oder übersehen.

In der Regierung haben wir eine Reihe neuer Männer, die aus den Landesverwaltungen kommen.

Wir sehen in den Landesverwaltungen wie in den Gemeindeverwaltungen eine Art politischer Rekrutenschulen unseres Volkes, wenn ich das so nennen darf. (*Heiterkeit.*) Ja, Sie lachen darüber, es ist aber eine wesentliche Sache. Der Mann, der politisch interessiert ist, der Mann, der politisches Talent in sich spürt, wird sich im engen Kreise seiner Gemeinde oder seines Landes zunächst zu bewähren suchen, aber auch in den autonomen Genossenschaften und anderen Körperschaften, er wird dort die Aufmerksamkeit auf sich lenken, wird Erfahrungen in der Lokalverwaltung sammeln, wie es ja in der englischen Demokratie durch viele Jahrhunderte der Fall war, und wird so im Vertrauen allmählich aufsteigen. Wir haben bisher diese kontinuierliche Entwicklung nicht gehabt. Infolgedessen konnte sich das nicht zeigen, was die alten Römer das Prinzip der aufsteigenden Magistratur genannt haben. Unsere Demokratie hat es mit der Auslese der führenden Menschen etwas schwer gehabt, weil sie nach dem Zusammenbruche in etwas überstürzter Weise geschehen mußte, und deshalb wird ja auch aus den Kreisen der Gewaltpolitiker und Gewalttheoretiker immer darauf hingewiesen, die Führerauslese sei eine mangelhafte. Die Führerauslese in der Demokratie bildet sich bald durch in der Form, daß eben ein Mann von der Lokalverwaltung über die Landesverwaltung zur Bundesverwaltung aufsteigt. Dabei entscheidet nicht die starke Faust oder das große Maul, sondern der wirkliche Verwaltungserfolg: was der Mann leistet. Insofern sehen wir, wenn Männer von der Landesverwaltung hieher kommen und zur Bundesverwaltung aufsteigen, in diesem Aufstieg nichts besonderes, auch gar nicht etwas — wie es von manchen Seiten dargetan wird — gravaminöses, sondern wir erkennen darin einen natürlichen Vorgang. Wir werden sehen, ob diese Funktionäre den höheren Aufgaben gewachsen sind. Insbesondere wird sich zeigen, ob die Finanzverwaltung in einem anderen Sinn geführt wird als sonst, und ob die Finanzverwalter, die von Ländern kommen, auch der Eigenschaft der Stadt Wien als Land gerecht werden können. Das wird man ja sehen.

Wenn diese Regierung den Charakter einer Verständigungsregierung haben soll, wenn das gemeint war, so sind diese Absichten schlechthin dadurch aufgehoben, daß Sie die Erbsünde des alten Kabinetts übernommen haben, den Herrn aus Hiezing (*Lachen*), den Herrn Baugoin. Sie lachen über ihn, das ist mir ganz erwünscht. (*Manhalter: Über Sie, nicht über ihn!*) Schauen Sie! In derselben Zeit, in der sich Ihre besten Männer und unsere besten Männer in eifrigen Beratungen bemühten, einen Ausweg zu finden, und in hundert sachlichen Fragen gesucht haben, zwischen den Gegensätzen durchzublicken und wahrzunehmen, ob es einen Ausweg gibt oder nicht, besteigt Herr Baugoin sein Schlachtross und ruft

(*liest*): „Die Befundung Österreichs kann nicht erpackelt werden, sie muß erkämpft werden. Es muß mit dem Nachgeben Schluß gemacht werden.“

Berehrte Herren! Diese Erklärung schließt an das an, was durch Jahre geschehen ist. Es ist niemand unter Ihnen, der nicht wüßte, wie viele kostbare Menschenleben im Bundesheer mit Selbstmord geendet haben. (*Zwischenrufe.*) Es ist Ihnen aus den Verhandlungen des Budgetausschusses bekannt (*Lachen*), welche ernste Klagen wir geführt haben. Sie werden über diese Klagen nicht lachen. Wir sind gewillt, diese Dinge sehr ernst zu nehmen. Sie wissen, wie viele Existenzen vernichtet worden sind. Sie wissen aber vor allem, in welcher Art und Weise gerade dieser Funktionär der Regierung Seipel auch in den letzten Monaten der Regierung Seipel jedesmal dann, wenn sich der alte Kanzler bemüht hat, ein wenig eine Atmosphäre zu schaffen, in der — für einen Soldaten ist das bezeichnend! — disziplinoselbst diese Verhandlungen durch seine Eigenmächtigkeiten gestört hat. Sie wissen, daß wir Sozialdemokraten nicht einzelne Minister in der Regierung sehen — Sie werden uns nicht sagen: das wißt Ihr doch ohnehin, das ist der Baugoin! — nein, für uns ist die Regierung eine Regierung. (*Dr. Bauer: So ist es!*) Und Sie haben sich in die Gefahr begeben, daß die besten Absichten, die einzelnen der Regierenden haben können, morgen oder übermorgen von diesem Mann durchkreuzt werden. Ich kann doch nicht annehmen, daß der Mann keinen Charakter besitzt. Wenn er nun in dem Moment der Regierungsbildung das als sein Programm erklärt und zugleich in eine Verständigungsregierung eintritt, so muß ein Charaktermangel vorliegen. Dann täuscht er entweder Sie oder uns, eines von beiden. Aber wir werden nicht das Opfer dieser Täuschung werden. Wir wollen es nicht werden, und wir erklären Ihnen rund heraus: Sie haben sich dadurch einer Halbheit schuldig gemacht, was schlimmer ist als ein ganzer Fehler.

Sie haben der Welt im Vorderatz gesagt, daß Sie ein Verständigungsministerium sind, und im Nachatz sagen Sie: Baugoin. Sie lassen dann zu, daß am 4. Mai der Herr Bundesminister für Heereswesen einen „Armeebefehl“ erläßt — oder wie man das nennt —, worin er sagt (*liest*): „Durch das Vertrauen des Nationalrates bin ich neuerlich — es ist das zehntemal — zum Bundesminister für Heereswesen gewählt worden. (*Heiterkeit.*) Diese Wiederwahl kann mich und alle Angehörigen des Heeresressorts mit der stolzen Genugtuung erfüllen, daß das österreichische Volk durch seine geschmäßigen Vertreter die Entwicklung der Bundesheeres unter meiner Führung (*Glöckel: Radetzky schau ob!*) billigt und auch in Zukunft ein Vorwärtsschreiten auf dem eingeschlagenen Wege von uns erwartet.“ Es ist eine kleine Kompetenzverwirrung hier einge-

treten. Sonst dürfen solche Auerkennungsschreiben die betreffenden Funktionäre sich nicht selber ausstellen, sondern muß das der oberste Kriegsherr machen. (*Lebhafter Beifall und Händeklatschen.*) Es ist also hier eine kleine Kompetenzvermischung vor sich gegangen.

Wenn der Herr Bundeskanzler oder der Herr Bundespräsident das geschrieben hätte, so wäre es ein Irrtum oder ein Fehler, aber es wäre keine Taktlosigkeit. Wir aber sagen Ihnen, es ist ja in diesen Dingen der Verwaltung gelegen gewesen, daß das Verhältnis in den einzelnen Dingen der Verwaltung und der Rechtspflege unerträglich war und daß diese Dinge ungesühnt geblieben sind. Glauben Sie nicht, daß es die Person des Herrn Bundeskanzler Seipel war. Bundeskanzler Seipel ist ein Staatsmann, der mit seinen außerordentlichen persönlichen Qualitäten in die Geschichte eingehen wird. Er war ein Gegner, mit dem zu kämpfen wirklich der Mühe wert war.

Die Person war es nicht, nein, diese gefesselte, illoyale und perfide Verwaltungspraxis war es, die uns in diese absolute Feindseligkeit gebracht hat und die sie morgen wieder bringen wird. Hoffen Sie nicht, daß es jemals in der Welt eine Opposition geben kann, welche Rechtsbrüche der Mehrheit gegenüber der Minderheit verzeiht. Das kann nicht sein, das ist unmöglich. Entweder wollen Sie eine rechtliche Regierung, dann werden Sie finden, daß wir eine sehr loyale Opposition sind. Wenn sie eine rechtlose Regierung aufrichten, können wir es nicht sein, ist es unmöglich. Hier tut Wandel not. Wenn nun Herr Baugoin zum Schluß sagt, das man ein Fortschreiten auf dem eingeschlagenen Wege erwartet, so ist für uns, wenn der eingeschlagene Weg fortgesetzt wird, dieser Weg ein Scheideweg, auf dem keine Verbindung ist.

Sie scheinen noch immer nicht ganz zu wissen, was uns in diesem Falle trennt. Ich möchte unsere Erörterungen nicht durch Einzelfälle der militärischen Praxis des Herrn Baugoin erläutern. Ich möchte versuchen, das auf ein anderes Niveau und zu einem anderen Horizont hinaufzuheben. Wir müssen nicht immer gerade im Horizont eines Hiezinger Vorstadtbürgers reden, wir können einmal einen größeren Horizont wählen. Der Herr Bundeskanzler hat mit schönen Worten das Verhältnis zu Deutschland gestreift. Er hat bei seinem Regierungsantritte ein Telegramm an den deutschen Reichskanzler Hermann Müller gerichtet. Es dürfte Ihnen bekannt sein, daß Hermann Müller ein Sozialdemokrat ist. Unsere Nation wird also von einem Sozialdemokraten regiert, denn wir sind ein Teil der deutschen Nation. Nicht nur das; von den deutschen Bundesstaaten wird der größte, nämlich Preußen, seit zehn Jahren von einem Sozialdemokraten regiert, der dort Ministerpräsident ist. Da und dort sind durch zehn Jahre

diese Sozialdemokraten in einer manchmal schwierigen und bedenklichen, aber immer in einer aufrichtigen Arbeitsgemeinschaft in der Regierung unserer Nation mit dem Zentrum, einer Ihnen verwandten Partei. Das können Sozialdemokraten sein. Der deutsche Sozialdemokrat Hermann Müller muß für unsere ganze Nation vor Europa die größten Verantwortungen übernehmen, indem er mit den ausländischen Regierungen in diesen geschichtlichen Stunden verhandelt. Der Sozialdemokrat Dr. Hilferding hat mit den Mächten des Westens über die endgültige Regelung der Reparationsschulden zu verhandeln, und der preussische Ministerpräsident ist genötigt, die leidvollsten inneren Verantwortungen in Preußen zu übernehmen. Das kann ein Sozialdemokrat; aber Herr Baugoin bildet sich ein, Gefreiter bei ihm kann ein Sozialdemokrat nicht werden (*Heiterkeit*) oder ein Jungmann kann er nicht werden, und ein Sozialdemokrat kann nicht Offizier beim Herrn Baugoin sein, der Hiezinger Bezirkschorist faßt das nicht. (*Beifall und Händeklatschen.*) Bei Ihrer Fähigkeit, sich selbst Zeugnisse auszustellen, bin ich überzeugt, daß Sie sich auch das Zeugnis ausstellen, daß Sie in der Sache vernünftig und klug und europäisch handeln. Sie handeln aber vom Standpunkt eines Hiezinger Bezirksbürgers.

In der deutschen Nation ist die Sozialdemokratie heute eine der stärksten Parteien, eine der verantwortungsvollsten Parteien. Sie hat in der Welt ihre große geschichtliche Aufgabe, und sie wird sich in diesem Lande nicht klein machen und von niemandem außerhalb des Gesetzes stellen lassen. (*Beifall und Händeklatschen.*) Und deshalb, verehrter Herr Bundeskanzler, müssen Sie verstehen: Wir haben eine zu leidvolle Erfahrung in bezug auf Worte. Wir können Vorschüsse an Vertrauen nicht geben. Wir halten uns an die Tatsachen und an die Menschen. Schaffen Sie andere Tatsachen, schaffen Sie andere Menschen, dann werden wir vertrauen können. Aber wenn das nicht der Fall ist, wenn Sie nicht die Verständigung, nicht zu einem Ausnahmefall, sondern zu einem allgemeinen Grundsatz des staatlichen Regierens machen, wenn Sie nicht die Verständigung zu einer Sache machen, die bei uns beginnt und allmählich unser ganzes Volk ergreift, wenn Sie die Verständigung als Fassade und im Hinterhaus den Herrn Baugoin machen, dann können wir kein Vertrauen haben. (*Lebhafter Beifall und Händeklatschen.* — *Während vorstehender Rede hat Präsident Dr. Waber den Vorsitz übernommen.*)

Dr. Buresch: Hohes Haus! Der Chef der Bundesregierung, Bundeskanzler Stresemann, hat in seiner Programmrede das Programm seiner Arbeit entworfen und die Absichten aufgezeigt, welche ihn bei Führung der Regierungsgeschäfte leiten werden. Wir können hier mit einer gewissen Genugtuung fest-

stellen, daß wir mit seinen Absichten vollkommen einverstanden sind und daß wir es begrüßen, daß er trotz aller Schwierigkeiten, die sich seiner Absicht entgegenstellen und die sich vielleicht in den Schlussworten des verehrten Herrn Oppositionsredners wieder gleichsam aufgeföhrt haben, diese Absichten verfolgt und an ihnen festhält. Das Arbeitsprogramm, das er entworfen hat, umfaßt so ziemlich das ganze Gebiet dessen, was dem Staate not tut, und er kann überzeugt sein, daß wir auf diesem Gebiete voll und ganz hinter ihm stehen und daß wir ihm jede Unterstützung in diesen Fragen leihen werden.

Er hat in der Frage der Außenpolitik darauf hingewiesen, daß mit den benachbarten Staaten freundschaftliche Beziehungen bestehen und daß er gewillt ist, in den Bahnen zu wandeln, die sein Vorgänger, der Bundeskanzler Dr. Seipel, gegangen ist, daß er insbesondere die freundschaftlichen Beziehungen mit unserem Brudervolke, dem Deutschen Reiche, stets pflegen wird. Wir sind überzeugt, daß, wenn er diese Bahnen geht, die sich als fruchtbar und gut erwiesen haben, und wenn er weiterhin das Vertrauen zur äußeren Politik unseres Staates bei den Nachbarstaaten pflegen und erhöhen wird, die Lage unseres Staates sich von Jahr zu Jahr bessern, festigen und kräftigen wird.

In der inneren Politik ist es wohl eine der wichtigsten Arbeiten, die der neuen Regierung bevorsteht, das Verhältnis zwischen Bund, Ländern und Gemeinden zu klären. Im Jahre 1930 wird die Abgabenteilung neu zu machen sein. Sie ist mit Ende 1930 befristet, und ein schweres und wichtiges Kapitel liegt hier als Arbeitsfeld der neuen Regierung vor. Ich bin überzeugt, daß in diesen Fragen nichts gemacht werden kann, ohne das Einverständnis mit allen in Betracht kommenden Faktoren zu suchen. Wenn sie sich auch noch so sehr dagegen wehren, es muß gesucht werden. Dasjenige, was wir verlangen, ist nichts anderes, als daß eben das Verhältnis zwischen den Ländern und Gemeinden und zwischen dem Bund und den Ländern so geklärt wird, daß ein Recht geschaffen wird, welches auf den tatsächlichen Verhältnissen basiert, auf der ökonomischen Kraft der einzelnen Länder und auf der Wirtschaft dieser Länder. Daß die Länder die Kontrolle der Wirtschaft nicht zu scheuen haben, bezeugt am besten die Tatsache, daß wir vor wenigen Monaten, sicherlich nicht mit großer Freude, aber doch willig die Kontrolle auf uns genommen haben, die uns im Dezember durch ein Gesetz auferlegt worden ist. Und ich nehme hier Gelegenheit, von dieser Stelle aus zu erklären, daß die Bundesregierung, die abgetreten ist, diese Kontrolle wirklich mit Verständnis und ohne jede Schikane ausgeübt hat. Wir haben die Kontrolle nicht zu scheuen, und die Kontrolle soll die Aufgabe erfüllen, die auch in der Tendenz des

Gesetzgebers gelegen ist, eine gewisse Einheitlichkeit in der Besteuerung, eine gewisse Gleichmäßigkeit in der finanziellen Belastung der Körperschaften des öffentlichen Rechtes herbeizuföhren, wenn auch vielleicht der Weg bis zu diesem Ziele noch ein sehr weiter und dornenreicher ist.

Daß der Herr Bundeskanzler die Erklärung abgegeben hat, mit aller Energie darauf sehen zu wollen, was wirklich eines der wichtigsten Dinge im Staatshaushalte ist, nämlich Ordnung im Staatshaushalt zu halten und das Geldwesen weiterhin unter seinen besonderen Schutz zu nehmen, und daß er gewillt ist, dafür zu sorgen, daß an diesen Bausteinen nichts gerüttelt wird, das, glaube ich, wird die Öffentlichkeit sicher mit großer Beruhigung erfüllen. Es ist das kein Lied, dessen Melodie etwas verklungen ist, wie der Herr Dr. Renner hier gemeint hat, sondern ein Lied, das eben immer an dasjenige erinnert, was geschaffen worden ist, und das immer daran erinnert, daß hier Dinge geschaffen worden sind, die Ewigkeitsbestand, die Dauer haben, die nicht von der Laune der Zeit oder von der Laune irgendwelcher Partei abhängen. Es ist tatsächlich das eine hervorzuheben, daß man unter der alten Regierung — ich möchte da ein Wort gebrauchen, wie es so im Leben üblich ist — ruhig schlafen konnte. (*Sehr richtig!*) Wenn man die finanziellen Verhältnisse überdachte, war sicherlich die Hand des Finanzministers Dr. Riebenböck eine strenge und harte Hand, wir Länder haben es oft empfunden; aber das eine muß ich ihm konzedieren, daß er Ordnung in seinem Haushalt gehalten hat, daß er den Ruf des österreichischen Staates gehoben hat und daß wir heute sagen können: Die neue Regierung kommt in geordnete und ruhige Verhältnisse hinein. (*Sehr richtig!*) Ich fühle mich verpflichtet, von dieser Stelle aus dem abgetretenen Finanzminister das zu sagen. Dem Finanzminister im Amt habe ich es nicht gerne gesagt, aber heute, bei der Gelegenheit, da er nicht mehr als Regierungsmitglied unter uns weilt, sage ich es ihm gerne, um ihm zu zeigen, wie die Länder — und mit mir denken, glaube ich, alle Länder gemeinsam in dieser Weise — über den Finanzminister Dr. Riebenböck urteilen. (*Lebhafter Beifall. — Ruf: Das ist der Dank dafür, daß er den Ländern die Autonomie genommen hat!*) Ich klage nicht darüber. (*Seitz: Gilt das auch für die Postsparkasse?*) Ich spreche von den Ländern, verehrter Herr Bürgermeister von Wien, und als Landeshauptmann und als Führer eines Landes bin ich mit dieser Führung in puncto der Länder zufrieden.

Das Programm, das der Bundeskanzler bezüglich des wirtschaftlichen Aufbaues entwickelt hat, hat uns mit Befriedigung erfüllt, in erster Linie seine Ausführungen bezüglich der Landwirtschaft. Es ist wieder-

holt in diesem Hause festgestellt worden, wie ich mit wenigen Worten sagen darf, daß die Landwirtschaft Österreichs nach dem totalen Zusammenbruch, nach der Verarmung, die der Krieg, die Nachkriegszeit, die Zwangswirtschaft und die Inflation über sie gebracht hat, einen bewunderungswürdigen Aufstieg genommen hat.

Die Landwirtschaft Österreichs versorgt heute in manchen Belangen vollkommen den inländischen Markt. Der österreichische Bauer produziert an Milch, an Kartoffeln, an Hafer und Roggen alles das, was das Inland braucht, ja es war im Vorjahr sogar möglich, große Quantitäten Kartoffeln in das entfernte Ausland zu exportieren. An Zucker werden drei Viertel des inländischen Bedarfes in Österreich erzeugt, und die österreichische Landwirtschaft ist mit allen Kräften daran, auch das letzte Viertel zu erobern, damit wirklich jeder Österreicher heimischen Zucker in seiner Schale Kaffee haben kann und der heimische Landwirt wirklich durch die Förderung des Zuckerrübenbaues auch die nötigen Mittel gewinnen kann, um intensiv zu wirtschaften.

Dasjenige aber, was die Landwirtschaft jetzt mitzumachen hat, ist ein ganz schweres Ding, eine ungeheure Absatzkrise. Die Konkurrenz ausländischer Artikel ist ungeheuerlich geworden, durch besondere Begünstigungen in Fracht und Prämien gelangen diese Artikel leicht ins Land herein, sie haben niedrigere Gestehungskosten, ein besseres Klima, leichtere Verhältnisse bezüglich der Arbeiter, bezüglich der Steuern, mit einem Wort die Produktionsbedingungen in den Nachbarländern sind viel günstiger, so daß sie den hiesigen Markt überschwemmen. Die Lage Österreichs ist eine ungeheuer ungünstige, unser Wirtschaftsgebiet liegt mitten in Europa, und wenn in irgendeinem der neuen Staaten unserer Umgebung eine kleine Erschütterung erfolgt — der Österreicher spürt sie am eigenen Leibe, und wir müssen immer wieder bereit sein, unser Staatsschiff, wenn es durch irgendein äußeres Vorkommnis ein Leck, ein Loch bekommen hat, durch irgendwelche zollpolitische und handelspolitische Maßnahmen wieder seetüchtig und seeflar zu machen.

Die Zölle: Ich bin kein Freund der Zölle per se. Die Zölle werden immer ein Hindernis des Verkehrs sein. Aber die Zölle heute verdammen zu wollen, vom österreichischen Standpunkte aus — ich glaube, es wäre Vermessenheit. Wenn die Staaten ringsherum sich mit hohen Zollmauern umgürten, kann das kleine Österreich nicht die Zollmauern niederreißen, es kann nicht zurückbleiben, wenn es nicht wichtige Produktionszweige einfach der Verelendung, dem Untergang preisgeben will. Was wir verlangen und worum ich heute die hohe Regierung von dieser Stelle aus am ersten Tage, an dem sie hier im Parlament gesprochen hat, besonders ersuche, ist, daß sie der Frage der handelspolitischen Verein-

barungen mit den Nachbarstaaten vom Standpunkte der Landwirtschaft ihr größtes Augenmerk schenke. Wir haben feinerzeit die Zölle auf agrarische Artikel freigegeben. Wir haben sie während des Krieges suspendiert, als Österreich eine Festung war, in die man um jeden Preis Lebensmittel hineinbringen mußte; wir haben nach dem Kriege unter dem Druck der Not die Landwirtschaft nicht in jener Weise kampffähig gemacht und kampffähig gehalten, wie es sich heute als notwendig herausstellt. Wir verlangen gar nichts anderes als das eine, daß die Landwirtschaft nicht schlechter behandelt wird als die Industrie. (*So ist es!*) Wir verlangen nur das eine, daß die Artikel, die sie hervorbringt, in der gleichen Weise, in der gleichen Höhe mit Zöllen geschützt werden wie die Produkte der Industrie. Es hängen Industrie und Landwirtschaft so innig zusammen, daß aus meinen Worten kein Gegensatz zur Industrie herausgesehen werden möge. Die Landwirte begrüßen es, wenn die Industrie ihre Räder alle in Bewegung hat. Das Heer der Arbeitslosen ist ein schlechter Abnehmer landwirtschaftlicher Produkte, aber der Arbeiter, der im Verdienst steht, dessen Familie nicht von der kargen Arbeitslosenunterstützung leben muß, ist der beste Abnehmer landwirtschaftlicher Produkte (*Zustimmung*), und so freuen wir uns aus begründetem Interesse, wenn die Industrie ihren Markt und ihren Absatz hat. (*Beifall.*)

Die Zölle, die Zollverhältnisse müssen geändert werden, bevor eine Katastrophe hereinbricht — eine Katastrophe von ungeheurer sozialer und nationaler Bedeutung, eine Katastrophe, welche den Untergang des Staates nach sich ziehen würde. Wir müssen lernen an dem Beispiel, das vor kurzem Deutschland gegeben hat, dessen Landwirtschaft so im argen ist, daß Tausende und Zehntausende von bäuerlichen Wirtschaften zur Feilbietung gelangen, wegen Steuerrückstände, wegen Schulden für Investitionen, wegen Zinsen für Darlehen, die aufgenommen worden sind.

Der Herr Bundeskanzler hat mit besonderer Wärme und mit besonderer Präzision davon gesprochen, daß der Not der Gebirgsbauern abgeholfen werden muß. Ich danke ihm von dieser Stelle aus ganz besonders für dieses freimütige Bekenntnis und sein Versprechen. (*Lebhafter Beifall und Händeklatschen.*) Denn diese Leute, die unter den schlechtesten Bedingungen ihr karges Leben fristen, für die es keinen Achtstundentag gibt, deren Dasein fern von jeder Erhebung des Geistes verläuft, diese Leute stehen vor dem Zusammenbruch, vor dem Untergang. Mir erzählte da vor kurzem ein Bauer aus den Waldbgebieten meines Heimatlandes, daß die Not in den Gebirgstälern ins Riesenhafte wachse, daß die Bauern dort aller Geldmittel völlig entblößt seien und daß die Bäuerin, wenn sie einen Brief auf der Post aufgeben müsse, Eier mitnehme, um am Post-

schalter Marken dagegen einzutauschen, weil sie die paar Groschen nicht habe, um sich die Marken kaufen zu können — ein Flammenzeichen, das verstanden werden muß. Hier ist es das Rindvieh, das aus Jugoslawien und Rumänien kommt, das die Not der Gebirgsbauern verursacht (*So ist es!*), bei den Flachlandbauern, deren Not ebenfalls riesig gewachsen ist, sind es die Schweine aus Polen, da ist es wieder das Getreide, das aus Amerika und aus den Nachfolgestaaten kommt, und bei den Weinbauern ist es der Wein aus Griechenland, der in Mengen den Konsum überschwenmt und die fleißigen, kinderreichen Familien unserer hart arbeitenden Weinbauern zur Verzweiflung bringt. Ich glaube, wir müssen hier vor allem den Gedanken festhalten, daß wir trachten müssen, in erster Linie die heimische Produktion dem heimischen Konsum dienstbar zu machen. Es muß dafür gesorgt werden, daß sich die Wirtschaft in diesem Sinne entwickelt, daß zuerst die heimischen Produkte für den Bedarf des Inlandes herangezogen werden und daß erst dann das Produkt aus dem Auslande hereinkommen darf. (*Sehr richtig!*)

Die Mittel, die uns der Herr Bundeskanzler vorgeschlagen hat, finden unsere Billigung. Ich möchte da nur noch besonders erwähnen, daß wir die Regierung ersuchen, unter allen Umständen auf die Förderung der landwirtschaftlichen Genossenschaften hinzuwirken. Diese Genossenschaften sind das Rückgrat des Bauern in Österreich. (*Sehr richtig!*) Sie haben sich in allen Bundesländern in ausgezeichneter Weise entwickelt, sie haben standgehalten während des Krieges, in der Zeit der Zwangswirtschaft und durch die Zeit der Inflation hindurch, und sie sind heute ein wertvoller Faktor im Wirtschaftsleben nicht allein des Bauern, auch der großen Städte, der Konsumzentren, die froh sind, wenn sie mit einer geordneten Genossenschaft arbeiten können, wenn sie ihre Verträge mit Genossenschaften schließen können, die unter einer zielbewußten, klugen und tüchtigen Leitung stehen.

Was die Schaffung von Absatzorganisationen betrifft, so fehlt es uns in diesem Belange vielleicht noch an manchem, und es wird notwendig sein, vor allem für die großen Städte, namentlich für die Großstadt Wien, hier etwas Neues zu schaffen, wodurch eben das, was ich früher erwähnte, verhindert wird, daß man nämlich zuerst nach dem ausländischen Produkt greift, bevor man das inländische Erzeugnis heranzieht.

Billigere Kredite — eine Forderung, die oft von dieser Stelle erhoben wurde und die ich dem verehrten Herrn Bundeskanzler ganz besonders ans Herz lege. Ich bin mir bewußt, daß dies eine schwierige Forderung ist, deren Erfüllung nicht so leicht zugestanden werden kann. Wir alle stehen ja unter dem Eindruck, daß erst vor wenigen Tagen

die Nationalbank den Diskontsatz um ein ganzes Prozent erhöht hat und daß dieser Diskont heute die bedeutende Höhe von 7,5 Prozent erreicht. Ich anerkenne und würdige die Gründe, welche die Nationalbank zu diesem Vorgehen veranlaßten, ich weiß, sie konnte nicht anders, aber dadurch ist wieder die Gefahr gegeben, daß sich durch die Kreditverhältnisse neuerdings eine Teuerungswelle über ganz Österreich ergießt.

Ich begrüße es von dieser Stelle aus als besonders anerkanntenswert und dankenswert, daß die Sparkassen, die Raiffeisenkassen mit ihrem Zinssatz nicht in die Höhe gegangen sind, daß sie den Zinssatz beibehalten haben, der im Vorjahr gegolten hat und der damals gleich war dem Zinssatz der Nationalbank, nämlich 6 Prozent.

Wir begrüßen es, hohes Haus, wenn sich die Bundesregierung die Förderung der Industrie besonders zu Herzen nimmt und wenn sie der Notlage der verschiedenen Industrien steuern will. Wir wissen es, daß manche Industrien schwer Not leiden, daß die Exportfähigkeit der österreichischen Produkte, wertvoller Produkte, Qualitätswaren, stark zurückgegangen ist. Es wird der Anspannung aller Kräfte bedürfen, um den Markt, den Österreich im Ausland gehabt hat, wieder zu gewinnen und damit nicht nur den heimischen Produkten den Absatz zu schaffen, sondern auch für die heimischen Arbeiter Verdienstmöglichkeiten zu gewinnen.

Der Herr Bundeskanzler hat auch einige Worte über die Donau und die Ausnutzung der Donau gesprochen. Die Donau ist uns vor allem seit vielen Jahrhunderten her ein Verkehrsweg. Dieser Verkehrsweg hat aber in den letzten 20 Jahren schwer gelitten. Infolge Unterlassung der Baggerung ist der Weg über die Donau schwer passierbar geworden, die Schifffahrt verschlechtert sich von Jahr zu Jahr. Eine ganze Reihe von Stationen mußte aufgegeben werden. Es besteht die Gefahr, daß sich diese Verhältnisse noch weiter verschlechtern, nicht allein zum Schaden des Verkehrs, sondern auch zum Schaden der Gegend, zum Schaden der Uferstrecken, die leicht von Überschwemmungen heimgesucht werden können. Ich möchte hier den Herrn Bundeskanzler ersuchen, sein ganzes Augenmerk auf diese Verhältnisse zu lenken, die für Niederösterreich und Oberösterreich, aber auch für Salzburg eine Lebensfrage bedeuten. Der Fremdenverkehr auf diesem Gebiete ist gewaltig, er verlangt aber, daß die Regierung alles daransetze, um den Donauweg freizuhalten.

Das zweite sind die Donauwerke, von denen in der letzten Zeit einige in der Öffentlichkeit zur Diskussion stehen. Es werden in der letzten Zeit zwei solche Werke kommissionell behandelt. Es ist das ein Kanalwerk, ein Werk, welches der Donau Wasser entnimmt und durch einen daneben laufenden

Kanal führt und das Wasser dann nach Gewinnung der Kraft durch Turbinen in die Donau zurückführt. Das ist ein Schleusenwerk, welches durch die Donau ein Wehr zieht und auf diese Weise das ganze Wasser der Donau für Zwecke der Gewinnung elektrischer Kraft ausnutzt. Ich begrüße es, daß namentlich fremdes Kapital sich für diese Zwecke in Österreich etablieren will, und ich habe es den ausgezeichneten und tüchtigen österreichischen Technikern überlassen, unter den Projekten dasjenige herauszufinden, das technisch am vollkommensten und wirtschaftlich am besten ist. Ich werde mich freuen, wenn es gelingen sollte, aus der Reihe der Projekte eines zu finden, das nicht allein großen Kapitalzuflus nach Österreich bringen wird, sondern auch in der österreichischen Wirtschaft der Elektrifizierung großer Gebiete, insbesondere der Elektrifizierung der Eisenbahnen, neue Impulse geben wird.

Besonders möchte ich auch darauf hinweisen, daß die Ausgestaltung der Verkehrswege, der Straßen, eine dringende Notwendigkeit ist. Ich anerkenne, daß die Bundesregierung im Laufe der letzten Jahre viel auf diesem Gebiete geleistet hat. Wenn wir aber ein anderes Land besuchen, das allerdings in besseren Verhältnissen ist, und konstatieren müssen, wie dort die Straßen ausgezeichnet beschaffen sind, dann erfüllt uns Österreicher dies mit einem gewissen Neid. Um Österreich den Charakter eines Durchzugslandes zu bewahren, das es immer gewesen ist und in aller Zukunft sein muß, wenn es seine Existenz erhalten will, müssen wir trachten, daß die Straßen in Österreich gebessert werden, daß sie von Jahr zu Jahr ausgebaut werden und daß insbesondere auch das Netz der Bundesstraßen, der großen schweren Straßen, deren Bau und Erhaltung den Ländern und Gemeinden nicht möglich ist, vergrößert und ausgedehnt wird.

Eine Frage, welche im Rahmen der Verhandlungen um die Regierungsbildung einen großen Raum eingenommen hat, die Frage der Reform des Mietengesetzes, die Hand in Hand gehen soll mit der Wohnbauförderung, wird, wie ich hoffe, der Herr Bundeskanzler einem gedeihlichen Ende zuführen. Es ist notwendig, daß dieses Kapitel endlich einmal aus dem politischen Kampfe ausgeschaltet wird. Es ist höchste Zeit, daß das Kapitel des Mietenrechtes, das Kapitel der Wohnbauförderung, das ja doch ein Kapitel der Wirtschaft ist, wirklich nach wirtschaftlichen Grundsätzen behandelt wird und daß nur wirtschaftliche Momente und keine anderen bei der Lösung dieser Frage mitspielen. Ein Mieterschutz wird immer notwendig sein, und der Mieterschutz wird niemals aufgegeben werden. Es ist ausgeschlossen, daß wir heute zu jener Form des Mietenrechtes zurückkehren, wie sie im bürgerlichen Gesetzbuch bestanden hat. Die alte römische locatio conductio mit den freien Bestim-

mungen des römischen Rechtes gehört der Vergangenheit an. Der Schutz des Mieters wird in Zukunft in allen Gesetzbüchern der Welt vorkommen, und so wünschen auch wir, daß dem Rechnung getragen wird, und ich hoffe, daß die Annäherung, welche auf diesem Gebiete zwischen den Parteien, zwischen der Opposition einerseits und der christlich-sozialen Partei und den anderen Koalitionsparteien andererseits, erfolgt ist, ausgebaut und vertieft wird und daß die Fäden, die da zwischen den beiden Vertragspartnern gesponnen worden sind, nicht werden zerrissen, sondern endlich zusammengeknüpft werden, um dasjenige zu bringen, wonach sich die ganze Wirtschaft Österreichs wirklich mit aller Macht sehnt: die Reform des Mietengesetzes und die Wohnbauförderung nach modernen Grundsätzen.

Es wird notwendig sein, daß nicht allein die Wirtschaft gefördert wird, sondern daß auch die Belastung, der die Wirtschaft heute ausgesetzt ist, entsprechend vermindert wird. Vereinfachung, Vereinfachung, Verminderung der Steuerlasten, das sind — in wenigen Worten ausgedrückt — die Forderungen, die wir erheben und von denen wir überzeugt sind, daß der neue Herr Bundeskanzler sie mit Energie vertreten wird. Und wir wünschen, daß er auf diesem Gebiete Erfolge nach Hause bringen möge. Es ist auf die Dauer nicht erträglich, daß sich auf dem Gebiete der Besteuerung krasse Unterschiede ergeben, wie sie sich in der letzten Zeit namentlich durch die Umlagenerhöhung gebildet haben, krasse Differenzen der Besteuerung zwischen den Ländern einerseits, zwischen den Gemeinden andererseits, und daß die Umlagenhöhe in einzelnen Gemeinden derart gewaltig ist, daß die Industrien vielfach mit dem Gedanken spielen, aus diesen Gemeinden abzuwandern. Es hängt das damit zusammen, daß die autonomen Körperschaften hinsichtlich der Besteuerung einzig und allein auf die Umlagen, auf die Realsteuern, auf die Haus- und Grundsteuern angewiesen sind, von denen namentlich die Grundsteuer besonders stark herangezogen ist, ein Zustand, der auf die Dauer nicht erträglich ist und den zu ändern wir im Rahmen der Abgabenteilung als unsere oberste Pflicht erachten. Es wird notwendig sein, gerade in diesem Falle eine Entlastung der bäuerlichen Wirtschaften, eine Entlastung des Grundbesitzes herbeizuführen, um zu verhindern, daß auf dem Wege über die Besteuerung durch Länder und Gemeinden die Landwirtschaft zugrunde gerichtet wird. (Beifall und Händeklatschen.)

Der Herr Bundeskanzler hat in Aussicht gestellt, daß die Verhältnisse der Pensionisten, die Verhältnisse der Kleinrentner geregelt werden. Ich begrüße es besonders, daß beiden Kategorien alter Leute, die ihre Pflicht für das Land getan haben, den Pensionisten, die ihre Arbeitskraft dem Staate geliehen, den Kleinrentnern, die ihr erspartes Kapital, den

Notgroschen, dem Vaterlande gewidmet haben, ihr Recht geschehen soll, und ich glaube auch, daß es geradezu mit dem Begriffe eines Kulturstaates unvereinbar ist, daß man den Alten, denen, die ihre Pflicht getan haben, dann später nicht so weit hilft, daß sie ihr Leben fristen können. Ich hoffe, daß es gelingen wird, die Vorlage, die ja bereits bis zu einem gewissen Grade gediehen ist, vor das Haus zu bringen, und daß endlich einmal diesen Armen der Armen ihr Recht wird. *(Zustimmung.)*

Notwendig ist es auch, daß der Schule, der österreichischen Schule, besonderes Augenmerk zugewendet wird. Wir alle in diesem Saal — ich glaube, es sagen zu können —, alle Parteien ohne Ausnahme wünschen es, daß das Schulwesen vervollkommenet, daß es ausgebaut und wirklich zu dem wird, was wir aus ihm machen wollen: Erziehungsstätten unseres jungen Nachwuchses. Die Wege, die die einzelnen Parteien zu diesem Ziele gehen, sind verschieden. Wir glauben, daß der richtige Weg nur darin gefunden werden kann, daß dem jungen Menschen, dessen Körper durch die Entbehrungs- und Hungerjahre des Krieges gelitten, dessen Verstand und dessen Geist durch die Erschütterung infolge der Schrecken des Krieges gelitten hat, daß diesem jungen Menschen auf die Wanderung durch das Leben ein Schatz mitgegeben werden muß, den er braucht, um davon während der langen Wanderung zehren zu können — das ist eine gute religiöse Erziehung im Sinne unserer Weltanschauung. *(Lebhafter Beifall.)*

Hohes Haus! Das Feld der Betätigung, das sich die Bundesregierung da gesteckt hat, ist zweifellos ein ganz gewaltiges, und es erfordert, daß in diesem Hause alle zusammenarbeiten. Ich habe es bedauert, daß der verehrte Herr Staatskanzler a. D. Dr. Renner, der Mann, der immer so eine gewisse Bonhomie an den Tag legt, heute so viel darauf verwendet hat, um über das zu klagen, was gewesen ist, über das, was sich zugetragen hat und was Stimmungen vergiftet hat, über dasjenige, was verhindert hat, daß man zueinander kommen konnte. Es ist unfruchtbar, über das zu klagen, was gewesen ist. Wir wollen in die Zukunft blicken, wir wollen nach vorne schauen, wir wollen den Weg suchen, über Gegensätze, über schwere Gegensätze hinüber zu einer Verständigung zu kommen. *(Sehr richtig!)* Und da dürfen wir nicht in den Fehler verfallen, in den Herr Dr. Renner verfallen ist, und ein Fehler ist es, wenn man alte Wunden aufreißt, wenn man klagt über ein vermeintliches Unrecht, das geschehen ist. Denn wissen Sie, hohes Haus — ich weiß es aus meiner Praxis als Anwalt —: Wenn zwei streiten, haben in der Regel alle beide die Schuld, der eine in größerem, der andere in kleinerem Maße; wer angefangen hat, weiß in der Regel nur der liebe Gott allein. Und so wird es auch hier der Fall

sein. Ich will gar nicht so weit gehen, zu sagen, daß wir vielleicht nicht auch Fehler begangen haben, aber ich möchte Sie bitten, die Aufzählung solcher Fehler beiseitezulassen; wir könnten Ihnen ansonsten auch mit der Aufzählung einer ganzen Legion solcher Dinge kommen, was nicht gut ist und die Stimmung in der Zukunft zweifellos nicht rosiger und besser gestalten würde. Ich habe auch bedauert, daß der verehrte Herr Dr. Renner es für gut befunden hat, über Abwesende in einer seinem Wesen fremden Art, in einer galligen und manchmal so etwas gehässigen Art — wie zum Beispiel gegen den Herrn Bundeskanzler Seipel — loszuziehen. Das soll man alles nicht tun. Es entspricht ihm auch gar nicht, es liegt ihm auch gar nicht, und ich weiß, er will es auch gar nicht. *(Heiterkeit.)* Es wäre besser gewesen, er hätte es unterlassen.

Wir haben einen harten Winter hinter uns, einen Winter mit allen Greueln, der die Not bis aufs äußerste gesteigert hat, ein Winter, der auch eine gewisse Entgitterung, schwere Verluste an Hab und Gut mit sich gebracht hat. Vor uns steht heute ein großes Feld von Aufgaben, das wir bestellen wollen unter der Führung des neuen Bundeskanzlers Streeruwitz, von dem der Herr Dr. Renner selbst erklärt hat, daß er an ihm das eine schätzt, daß er ein Mann der Wirtschaft ist und daß er loyal ist. Ich glaube, das genügt für diesen Fall. Alles andere lassen wir doch lieber beiseite! Mit jemandem, der loyal ist, der die Wirtschaft versteht, der die Fehler in der Wirtschaft kennt, mit jemandem, der selbst sein ganzes Leben unter Arbeitern als Mann der Arbeit und Wirtschaft zugebracht hat, mit dem wird sich doch arbeiten lassen. Lieber Dr. Renner, blicken wir doch beide vorwärts, schauen wir nicht nach rückwärts, sondern denken wir daran, daß wir doch hier Arbeit leisten müssen im Interesse des Volkes, das von uns Hilfe verlangt. Der Parlamentarismus ist tatsächlich in Not, er ist wirklich etwas in Verfall gekommen. Es ist tatsächlich so, daß sich die Öffentlichkeit mit dem Parlamentarismus nicht in freundlicher Weise beschäftigt. Aber zeigen wir der Öffentlichkeit, daß er nicht tot ist, zeigen wir, daß wir gewillt sind, als wirkliche Demokraten miteinander zu arbeiten, selbst bei Anerkennung aller Gegensätze! Ich habe Kritik immer ganz gerne, und wir wollen nicht, daß aus Ihnen, meine verehrten Herren von der Opposition, weiße Schäfchen im Blütenkleide mit einer Masche werden. Ganz im Gegenteil, wir haben es gerne, wenn Sie kritisieren, denn die Kritik befruchtet, und die Kritik wird dem Bundeskanzler erst recht zeigen, was er zu leisten imstande ist. Hohes Haus! Wenn auch Herr Dr. Renner als Jupiter Tonans wütete, donnerte und blitzte, so geht mein Appell am Schlusse doch dahin, die Hand des loyalen Mannes, des Kanzlers Streeruwitz, des Mannes der Wirtschaft, nicht zurückzustößen, sondern sie zu ergreifen.

Das Volk wird uns verstehen. (*Lebhafter, lang anhaltender Beifall und Händeklatschen.*)

Dr. Botawa: Hohes Haus! Die Regierungserklärung, die uns die Regierung Streeruwitz vorgelegt hat, ist so reich an Versprechungen, so reich an wirtschaftlichen Vorschlägen und Anregungen, daß wir die Überzeugung hegen können: wenn in absehbarer Zeit auch nur ein Teil aller dieser Pläne zur Verwirklichung kommt, können wir wahrhaft zufrieden sein. Wenn wir diesen Wunschzettel, den uns die Regierungserklärung bringt, auf die Einzelheiten überprüfen, so werden wir zu dem Ergebnis kommen, daß das, was die Mehrheit dieses Hauses in langen Bemühungen und Beratungen der letzten Zeit zu erledigen sich vorgenommen hat, zu einem Vorschlag zusammengefaßt ist, den wir nur in reicher Arbeit für uns erledigen können.

Es ist festzustellen, daß das ein wirtschaftlicher Wunschzettel ist, es ist auch festzuhalten, daß eine Reihe von Dingen darin nicht vorkommt, die es auch den mit der christlichsozialen Partei zusammengehenden anderen Mehrheitsparteien möglich macht, die gestellte Aufgabe mit ihr gemeinsam zu verfolgen. Ich stelle fest, daß wir in den Beratungen, die der Bildung der gegenwärtigen Regierung vorausgegangen sind, durchaus die Einstellung anerkannt und selbst gewählt haben, daß die Wirtschaft ein so dringendes Verlangen an dieses Haus stellt, daß das Wirtschaftselend, das in den weitesten Kreisen unserer Bevölkerung herrscht, eine so intensive Arbeit dieses Hauses erfordert, daß wir mit aller Beruhigung die Verantwortung auf uns nehmen können, festzustellen, daß auch diese Regierung nicht zur Lösung jener anderen Wünsche und Fragen kommt, die wir — zum Unterschiede von einem andern Teile der Mehrheit dieses Hauses — ebenfalls verwirklicht sehen möchten.

Der Herr Abg. Dr. Renner hat es sich verhältnismäßig leicht gemacht, wenn er unter anderem die Kritik, die er an der vergangenen Regierung übte, dahin formuliert hat, daß in den kulturellen Fragen, wie er sich ausgedrückt hat, die „Trene zur Demokratie“ nicht zur Geltung gekommen ist. Ich will, meine verehrten Frauen und Herren, nicht scharf werden, aber ich will doch den Herrn Dr. Renner daran erinnern, daß er, als er eine andere Koalition in diesem Hause geführt hat, die kulturellen Fragen, die von der letzten Regierung ungelöst geblieben sind, ebenfalls ungelöst zurücklassen mußte. Ich kann mich nicht erinnern, gehört zu haben, daß Herr Dr. Renner in diesem Hause für die Regelung der Chereform nach deutschem Muster eingetreten ist oder sie hier namens der Regierung beantragt hat, ich kann mich nicht erinnern, daß er diese und ähnliche Fragen als Chef einer Koalitionsregierung zur Lösung bringen wollte.

Aus den verschiedenen Bemerkungen des Herrn Dr. Renner entsteht für mich der Eindruck, daß er entgegen seinen sonstigen Anschauungen in der Praxis sehr stark von der marxistischen Theorie, der er ja seit jeher so intensiv huldigt, abzuweichen pflegt, ich meine von jener Anschauung, die nur Gesetze wirtschaftlicher Art als die Politik und die Geschichte beherrschend betrachtet. Jemand, der so kleinlich — möchte ich beinahe sagen —, so förmlich Bisektion treibend an die einzelnen Minister eines neuen Kabinetts herantritt und gar nicht ins Auge faßt, wie eigentlich eine solche Regierung zustande kommt und zustande kommen kann, jemand, der so auf das Persönliche sich schließlich einstellt, wenn er eine Regierung würdigt, der scheint wirklich der Parteilbrille nicht entraten zu können. Die materialistische Geschichtsauffassung entschwindet ihm ganz.

Ich sehe in der Entwicklung, die wir augenblicklich durchmachen, Gesetzmäßigkeiten, die eine gewisse Abstraktion von Personen erfordern. Ich sehe eine gewisse Gesetzmäßigkeit darin, daß wir uns bemühen, zur Lösung von Wirtschaftsfragen doch endlich einmal zukommen, die nicht gelöst zu haben dieses Haus vor der Bevölkerung Österreichs nicht verantworten könnte. (*Sehr richtig!*) Es lag der letzten Entscheidung des abtretenden Bundeskanzlers doch auch diese Erwägung wirtschaftlicher Art zugrunde, weshalb er das System seiner Regierung aufgeben und nach anderen Wegen und Möglichkeiten suchen ließ. Wenn man aber nun sofort mit dem Extrem des Bisherigen mit dem Schlagwort von einer Verständigungsregierung kommt, so muß ich doch wieder sagen, es heißt das, die Gesetze der Psychologie unterschätzen. Wenn man sich einbildet, daß auf ein System, das mit solcher Stärke, mit solcher Leidenschaft und mit solchem Haß von Ihnen bekämpft wurde, sofort ein System der Friedensschalmeien kommen soll, daß alles Mißtrauen, alle Gefühle, die dieser Kampf, der noch so kurz hinter uns liegt, erweckt hat, mit einem Schlage verschwinden sollen, so ist das ganz unpsychologisch gedacht. Der Herr Landeshauptmann Dr. Buresch, der vor mir gesprochen hat, hat — ich muß es wirklich sagen und das Haus wird es anerkennen — die Friedensschalmei in den schönsten, vielleicht zu weichen Tönen geblasen. Ich stehe nicht gar so optimistisch diesen Dingen gegenüber wie er. Ich muß sagen: eine Verständigungsregierung in dem Sinne zu erwarten, daß nun sofort eine Regierung kommen soll, die in allem und jedem, auch selbst Ihren persönlichen Wünschen entgegenkommen soll, wo Sie doch erklären, unter allen Umständen Gegner zu sein — das heißt zu viel von einer Mehrheit verlangen, die von Ihnen durch Jahre hindurch in der Weise bekämpft worden ist. Für mich ist Verständigungsregierung auf der einen und Regierung der starken

Hand auf der anderen Seite überhaupt kein Gegensatz. Ich habe das schon an einer anderen Stelle besprochen. Jede Regierung muß eine starke Hand haben, sonst ist sie keine Regierung, und jede Regierung muß im demokratischen Parlament die Verständigung suchen wollen, denn nur auf diesem Wege ist wirklich eine Verständigung zu finden. Ich meine also, daß diese Antithese gar nicht existiert, sondern daß beide Begriffe nebeneinander gehen und beide ohne weiteres eine Einheit bilden können.

Ich meine doch noch in anderer Beziehung, daß Dr. Renner allzusehr den Weg, der ihm sonst so stark zu eigen ist, verläßt, den Weg der Suche nach Gesetzmäßigkeiten, die er offenbar dann nicht sieht, wenn sie ihm parteipolitisch unangenehm sind. Es ist ja ein altes Gesetz, das auch Herr Dr. Renner ganz gut kennt, das Druck gegen Druck erzeugt. Wenn er heute mit einer solchen Gehässigkeit zum Beispiel von den Heimwehren und ihren Führern spricht, so muß ich sagen: alle Achtung vor dieser Einstellung engherziger Parteipolitik, die nicht sieht, daß die Heimwehren ein Produkt jener Zeit sind, in der der Republikanische Schutzbund seine Mission in der bekannten Weise erfüllen zu müssen glaubte.

Die Reaktion darauf war unvermeidlich. Wer weiß, daß wir nicht bloß die Orte haben, die der Herr Bürgermeister von Wien in seinem heutigen Aufmarschverbote nennt — Andritz, Kapfenberg usw. —, sondern daß wir auch andere Orte hatten: Klosterneuburg, Mödling, Schattendorf usw., der wird begreifen, daß das Verbot, so sehr die ruhige Bevölkerung über ein solches Verbot mit sich reden ließe, doch in seinen parteipolitischen Ursachen weniger verdächtig wäre, wenn es zum Beispiel schon vor zwei Jahren erlassen worden wäre (*Sehr richtig!*), wenn es schon in einer Zeit erlassen worden wäre, wo die Herren den Gegendruck der Heimwehren noch nicht zu spüren hatten. Das müssen Sie sich vor Augen halten, meine Herren, um den Dingen etwas objektiver gegenüberzustehen, die Sie heute so gern nach Ihren Gesichtspunkten zu drehen versuchen möchten.

Ich glaube also, daß es eine der Lage ganz unwürdige und nicht entsprechende Einstellung wäre, wenn wir heute von der Zusammensetzung des Kabinetts nach Einzelpersonen die Einstellung des ganzen Hauses abhängig machen würden. Ich sage, des ganzen Hauses, denn die Arbeitswilligkeit der Mehrheit dieses Hauses, die ja seit langem vorhanden ist und immer vorhanden war, genügt offenbar nicht dafür, daß dieses Haus arbeitet. Es ist nur dann möglich, zur Arbeit zu kommen, wenn auch die Minderheit, die Opposition, diese Arbeitswilligkeit zeigt, und wir werden Ihnen dann erst den Ernst des Verbotes der Aufmärsche, den Ernst des Willens, Frieden auf dem Arbeitsgebiete und Frieden in den Straßen herbeizuführen, glauben,

wenn Sie auch hier im Hause die Arbeitswilligkeit zeigen, auf die die Bevölkerung ein Recht und einen Anspruch hat. Solange Sabotage dieser Arbeit in diesem oder jenem Ausmaße stattfindet — es gibt Abstufungen, es gibt Stärkegrade, und ich gebe zu, daß da zeitweise Abschwächungen eintreten —, aber solange diese Art der Lahmlegung des Hauses in irgendwelcher Form weiter vorhanden ist, werden Sie sich nicht wundern dürfen, wenn die Bevölkerung sich fragt, aus welchem Grunde und zu welchem Zwecke ein Verbot erlassen wird, wie wir es heute in Wien zu unserer Überraschung bekommen haben.

Sie werden sich auch nicht wundern dürfen, verehrte Herren und Frauen, wenn die Bevölkerung der Tätigkeit des Hauses in den nächsten Monaten gespannt ihr Augenmerk zuwenden wird. Und nur, wenn dieses Haus arbeitet, werden auch alle jene Gedanken auf einmal verschwinden sein, die auch Sie beunruhigen, jene Gedanken, die gern einen Faschismus oder etwas Ähnliches aufgerichtet sehen möchten, weil es auf dem parlamentarisch-demokratischen Wege scheinbar nicht geht. Sie haben es in der Hand, ob diese Gedankenwelt in der Bevölkerung verschwindet oder nicht. Wenn sie nicht imstande sind, die Erfordernisse für die Beseitigung dieser Gedankenwelt zu finden, dann werden Sie die ungeheure Schuld auf sich geladen haben, daß Sie den richtigen Moment zur ruhigen Entwicklung, zur demokratischen Entwicklung unseres Vaterlandes veräußt haben. (*Sehr richtig!*)

Meine verehrten Herren und Frauen! Wenn ich so die Gesamteinstellung gekennzeichne habe, so kann ich mich in bezug auf den sachlichen Inhalt dessen, was uns der Herr Bundeskanzler hier aus innerster Überzeugung vorgebracht hat, kurz fassen. Ich weiß, daß dies ein Wunschzettel ist, den wir auf lange hinaus nicht vollständig werden durchführen können. Ich weiß es auch einzuschätzen, daß der Herr Bundeskanzler sich bemüht hat, allen Schichten und wirtschaftlichen Gruppen dieses Staates durch sein Programm gerecht zu werden. Er hat mit Recht bei der Landwirtschaft angefangen, nicht nur deshalb, weil sie einen so namhaften Teil unserer österreichischen Bevölkerung ausmacht, sondern weil es wahr ist und anerkannt werden muß, daß in großen Teilen der Landwirtschaft, namentlich bei den Gebirgsbauern, wirkliche Not herrscht, gegen die Abhilfe geschaffen werden muß, und weil es auch richtig ist, der Landwirtschaft großes Interesse deshalb zu widmen, da ihre Intensivierung und die Ausgestaltung ihrer technischen Behelfe dazu beitragen kann, daß unser Land, das in der industriellen Produktion steckt, das seinen Export nicht ausdehnen kann, sondern dessen Export eher zurückgeht, bei Hebung der Landwirtschaft zweifellos einen gewissen Ersatz auf dem inneren Markt für Industrie und Gewerbe finden kann.

Ebenso zu begrüßen ist es, daß der Herr Bundeskanzler aller anderen Schichten, die neben der Landwirtschaft in diesem Staate ebenso aufbauend wirken und ebenso Säulen von Staat und Wirtschaft sind, gedacht hat. Ich will auf die Einzelheiten nicht zurückkommen. Ich begrüße es ganz besonders, daß er mit so warmem Herzen von der Möglichkeit des Arbeitsfriedens zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer kraft eigener Erfahrungen gesprochen hat. Wir alle von unserer Partei sehen darin die Möglichkeit, auf diesem Wege endlich zur Beseitigung der Begriffe „Klassenhaß“ und „Klassenkampf“ zu kommen, die ja von den Sozialdemokraten gepredigt worden sind. Wenn Sie auf diesem Wege dem Kanzler folgen, werden wir zu jener Volksgemeinschaft kommen, die schließlich das Ziel jeder nationalen Politik sein muß.

Ich will hier auch aussprechen, daß natürlich in dem Moment, wo das Haus den Versuch macht, die so wichtige Frage der Wohnbau- und Mietensfrage in Angriff zu nehmen und damit auch selbstverständlich eine gewisse Aufwertung des Hausbesitzes durchzuführen, auch alle jene wirtschaftlichen Gruppen, alle jene Berufe sich melden werden, welche ebenfalls, wie einer der Redner gesagt hat, Opfer der Geldentwertung geworden sind. Es ist selbstverständlich, daß wir in diesem Augenblick der Kleinrentner gedenken müssen, und es war der ausdrückliche Wunsch unserer Partei bei den Verhandlungen in der Zeit der Bildung dieses Kabinetts, daß das Kleinrentnergesetz in derselben Zeit wie das Mietengesetz zur Erledigung kommen muß. Ich möchte feststellen, daß darin anscheinlich alle Parteien des Hauses übereinstimmen.

Ich will weiters sagen, daß wir durchaus zustimmen, daß in demselben Augenblick auch der Invaliden in diesem Staate gedacht und ihnen ebenfalls eine verbesserte Lebensmöglichkeit gewährt wird, die die Gesetzgebung in der letzten Zeit vielleicht schon hätte gewähren sollen.

Die wirtschaftliche Entwicklung hat eine unerhörte Kreditnot gebracht, der großen Industrie nicht minder wie dem Kleingewerbebestande. Um dieser Kreditnot zu steuern, bestehen in der Landwirtschaft schon Organisationen, doch entbehrt das Gewerbe noch durchaus einer solchen Organisation. Diese Kreditorganisation mit Hilfe der staatlichen Gewalt bei unserem Gewerbebestand aufzurichten ist ein Gebot der Stunde.

Ich will nicht zuletzt davon reden, daß zu den Schichten, die uns einer weiteren Valorisierung ihres Einkommens dringend bedürftig zu sein scheinen, das Beamtentum gehört. Ich habe an anderer Stelle ausführlich darüber gesprochen, was wir nach dieser Richtung hin mit der neuen Regierung verabredet haben. Ich will mich daher hier kurz fassen und feststellen, daß wir — selbstverständlich nach Maßgabe der finanziellen Mittel des Staates — an der

weiteren Valorisierung der Beamtengehälter und der Pensionen festhalten müssen, daß hier bindend eine Reihe von Aktionen in Aussicht genommen sind, daß die Verhandlungen mit der Beamtenenschaft ehestens aufzunehmen sind und nach Orientierung über die Wünsche der Beamtenenschaft endgültige Entschlüsse darüber zu fassen sind, in welcher Weise im nächsten Jahre Regulierungen vorgenommen werden sollen. Es ist übrigens schon in diesem Jahre, falls das Mietengesetz in Kraft treten sollte, zweifellos vorzuzugreifen, daß auch für den Mehraufwand, der hieraus für die Bundesangestellten und Pensionisten aufscheinen wird, eine entsprechende Entschädigung gegeben wird.

Ich will damit ausdrücklich den Gedanken verbinden, daß es uns durchaus fern liegt, wenn wir Wünsche haben, wie ich sie angedeutet habe, damit die finanzielle Gebarung dieses Staates laxer zu gestalten. Im Gegenteil, wir sind der Meinung, daß auch der neue Finanzminister durch rigorose und sorgfältige Gebarung mit den Finanzen des Staates gerade solche Aktionen wie die Aufbesserung der Beamtengehälter ermöglichen soll.

Ich möchte nicht schließen, ohne auf zwei Wege hinzuweisen. Das sind zunächst einmal jene Dinge, die ich als die Gruppe der kulturellen Fragen bezeichnen möchte. Ich habe schon auf eine Bemerkung des Herrn Abg. Dr. Kenner reagiert, ich möchte das nach anderer Richtung noch festhalten.

Wir haben alle aus dem Munde des Herrn Kanzlers gehört, daß er mit größtem Interesse auch die Entwicklung der Schule und der Volkserziehung verfolgt, weil unser Volk, wie er sagt, sich zu einer besseren Zukunft durchringen wird, wenn auf diesem Gebiete größte Aufmerksamkeit verwendet wird. Nun, meine Damen und Herren, in diesem Augenblick gibt es eine Erinnerung, die für das ganze Haus wichtig ist, die Erinnerung daran, daß wir in acht Tagen, gerade in einer Woche, das 60jährige Jubiläum des österreichischen Reichsvolksschulgesetzes begehen werden. Ich nehme an, daß diese Feier des 60jährigen Jubiläums des Reichsvolksschulgesetzes auch der gegenwärtigen Regierung Anlaß geben wird, ihre Reverenz vor diesem altösterreichischen Werke allerersten Ranges zu bezeigen. Wenn man sich daran erinnert, daß eine der wichtigsten Voraussetzungen dieses Gesetzes die oberste Leitung und Aufsicht des gesamten Schulwesens durch den Staat ist — seit 60 Jahren ist das der Fall —, so kann wohl niemand im Zweifel darüber sein, daß gerade dieser Grundgedanke sich in diesen sechs Jahrzehnten so bewährt hat, daß wir alle ohne Unterschied allen Grund haben, zu bezeugen, daß damit eine dauernde Grundlage für die österreichische Schulbildung und für die österreichische Volksbildung geschaffen wurde. Und wenn man hoffnungsvoll von dem weiteren kulturellen Aufstieg der Arbeiterschaft spricht, wie es die

Regierungserklärung tut, dann, meine geehrten Frauen und Herren, ist die erste Voraussetzung, daß man würdigt, daß im Reichsvolksschulgesetze die Grundlage geschaffen worden ist, von der aus dieser kulturelle Aufstieg der Arbeiterschaft allein möglich war. Ich will nicht die Gelegenheit vorübergehen lassen, ohne dies hier ausdrücklich festzustellen, weil alle in diesem Hause, welche kulturpolitische Einstellung sie sonst haben mögen, gerade in diesem Punkt sicher einer Meinung sein werden.

Zum Schlusse, meine geehrten Frauen und Herren, hat der Herr Bundeskanzler mit warmen Worten des Verhältnisses gedacht, das uns mit dem Deutschen Reiche verbindet. Es haben seine Worte den stärksten Widerhall bei uns Großdeutschen gefunden, weil wir ja diejenigen sind, die die nationale Einheit vor allem als oberstes und wichtigstes Ziel österreichischer Politik überhaupt betrachten, und weil wir wissen, daß unser Wirtschaftselend so lange kein Ende haben wird, so lange wir in der staatlichen Isoliertheit leben müssen, in der wir uns augenblicklich befinden. Der ständige Kampf gegen dieses Wirtschaftselend wird nicht früher aufhören, bevor nicht diese Isoliertheit aufhört. Es ist gar keine Frage, daß die Kleinheit und Ohnmacht unseres Staates vor allem es uns unmöglich macht, uns gegen unsere Nachbarn und ihre Hochschutzzollpolitik zu wehren. Ich möchte mit aller Deutlichkeit unterstreichen, daß die Tatsache des Regierungswechsels nicht nur unsere eigene österreichische Öffentlichkeit aufgeregt hat, sondern wir auch in der Auslands- presse haben beobachten können, daß die Herren in den verschiedenen Hauptstädten nervös geworden sind und sich fragten, ob sich hinter diesem Regierungswechsel nicht noch etwas anderes abspielt, das in irgendeiner Form auch die außenpolitische Einstellung beeinflussen könnte. Es hat sich die französische, die italienische und die tschechische Presse in einer Weise mit diesem Regierungswechsel beschäftigt, die nahezu einer Einmischung in die inneren Verhältnisse unseres Staates gleichkommt. Einzig die englische Presse war es, die sich mit einer richtigen Einstellung eingefunden und bei dieser Gelegenheit auch anerkannt hat, daß wir schon aus wirtschaftlichen Gründen ein „verstümmeltes Land“ sind. Die Worte „verstümmeltes Land“ waren in einer großen englischen Zeitung geradezu der Titel eines längeren Artikels. Ich glaube, daß wir uns für diesmal und für die Zukunft entschieden verbieten müssen, daß Einmischungen wie die erwähnten in unsere innerpolitischen Vorgänge begangen werden. Es ist ja vom Herrn Bundeskanzler in seinen Ausführungen darauf hingewiesen worden, daß wir als freier unabhängiger Staat Achtung und Gleichberechtigung zu fordern das Recht haben.

Ich möchte nicht schließen, ohne auf eine An- gelegenheit hinzuweisen, die uns ganz besonders am Herzen liegt. Im Zusammenhang mit der Auf-

fassung unseres Verhältnisses zum Deutschen Reiche steht es, daß wir den deutschösterreichischen Handelsvertrag, der schon durch so lange Monate in Verhandlung steht, endlich zu einem gedeihlichen Abschluß kommen sehen wollen. Wir wollen aber nicht, daß damit vielleicht bloß ein Handelsvertrag nach dem Muster hundert anderer geschaffen wird; denn unsere Zukunft beruht doch darauf, daß das Verhältnis zwischen uns und dem Deutschen Reich in wirtschaftlicher Beziehung anders gestaltet wird als das zu den anderen Nachbarstaaten. Es wird daher nicht eine rein bürokratische Behandlung der Sache möglich sein, sondern man wird neue Wege gehen müssen, um zu einer Regelung unseres wirtschaftlichen Verhältnisses zum Deutschen Reiche zu kommen. Vielleicht ist der Vorschlag, den der gewesene österreichische Gesandte in Berlin Dr. Riedl gemacht hat, der die Nachbarlausel als eine Möglichkeit bezeichnet, um zu einer Lockerung des Systems zu gelangen, der richtige Weg; es mag aber sein, daß es auch noch andere Wege in dieser Richtung gibt. Jedenfalls legen wir es der neuen Regierung ans Herz, daß hier eine aktivere, selbständigere Politik Platz greifen muß, die auch das Deutsche Reich zu gemeinsamer Initiative gewinnt.

Unsere Partei wird mit Aufmerksamkeit die Verwirklichung des Programms, das die neue Regierung vorgelegt hat, verfolgen. Wir werden mit großer Sorgfalt darauf sehen, daß alle Wünsche, die wir bei dieser Gelegenheit zum Ausdruck gebracht haben, der Verwirklichung zugeführt werden, und wir hoffen mit der ganzen Bevölkerung, nicht nur mit der Mehrheit dieses Hauses, daß es nicht Personenfragen sein werden, welche die Arbeit dieses Hauses für die Zukunft lahmlegen. Die Bevölkerung würde sich von diesem Hause noch ein letztes Mal einfach mit Verachtung abwenden, wenn wir an Personenfragen die Arbeit dieses Hauses scheitern ließen. *(Lebhafter Beifall und Händeklatschen.)*

Wahl: Hohes Haus! Ich glaube, man kann ruhig sagen, heute horcht die Welt darauf, was in der Erklärung der neuen Regierung und in den darauffolgenden Reden in diesem Saale gesprochen wird. Da wird es nun an vielen Orten als eine Beruhigung empfunden werden, daß die Regierungserklärung des neuen Bundeskanzlers das enthielt, worauf wir als landwirtschaftltreibende Bevölkerung schon lange gewartet haben. Bisher mußten wir leider darüber klagen, daß unsere Bedürfnisse zu wenig erkannt oder nicht berücksichtigt wurden. Was der neue Bundeskanzler heute hier sagte, gibt uns die Hoffnung, daß da ein neuer Wind weht. Die Wirtschaft soll in den Vordergrund treten, und wenn in unserer Heimat Österreich die Landwirtschaft mit Hilfe der Regierung auf eine höhere Stufe gehoben werden kann, dann bin ich überzeugt, daß eine solche Hebung der Landwirtschaft allen Ständen des Volkes

zugute kommt. Gewiß darf man nicht verkennen, daß die Industrie in diesem Staate eine Rolle zu spielen hat, es wäre falsch, wenn jemand behaupten wollte, Österreich sei ein ausgesprochenes Bauernland; es ist aber auch falsch, wenn behauptet wird, in Österreich hätte nur die Industrie das große Wort zu reden. Diese beiden Partner gehen nebeneinander, und einer ist auf den andern angewiesen. Haben wir in Österreich eine leistungsfähige Landwirtschaft, so wird die österreichische Industrie sicherlich sehr viel von ihren Erzeugnissen bei der heimischen Landwirtschaft absetzen können. Wenn aber die Landwirtschaft, wie dies gegenwärtig der Fall ist, kapitalarm ist, dann sind Investitionen und Neuanschaffungen nicht möglich. Die Folge davon ist, daß eine Menge Industrien infolge mangelnden Inlandabsatzes ihre Betriebe bedeutend einschränken müssen. Wir hegen die besten Hoffnungen, daß dieses Kabinett, das heute durch den Herrn Bundeskanzler seine Erklärung abgegeben hat, unseren Forderungen gerecht werden wird.

Von Leuten, die den landwirtschaftlichen Betrieb nicht verstehen, wird uns zuweilen vorgeworfen, die Bauern seien unersättlich, sie fordern Dinge, die ihnen nie bewilligt werden können. Wenn ich die Forderungen, die wir, sei es gemeinsam, sei es als Landbund, gestellt haben, überdenke und sie hier kurz besprechen möchte, so wird zweifellos in diesem Hause die Einsicht obwalten, daß diese Forderungen erfüllbar sind und daß keineswegs die Befürchtung zutrifft, daß die Erfüllung dieser Forderungen anderen Ständen die Lebensmöglichkeit nehmen könnte.

Wir haben in erster Linie die Forderung nach Behebung der Absatzkrise erhoben. In dieser Frage sind sich wohl alle Parteien des Hauses einig. Auch auf Seiten der Opposition gibt es ja Herren, die Kleinbauern vertreten, und gerade letztere haben ein Interesse daran, die Erzeugnisse, die sie mit schwerer Mühe in der Landwirtschaft hervorbringen, auch um einen den Mühen entsprechenden Preis an den Mann zu bringen. Wenn die Absatzkrise durch Maßnahmen der Regierung behoben wird, so fürchte ich nicht im mindesten, daß jene Fälle eintreten, die befürchtet wurden. Mit diesen Forderungen wird ja nichts anderes verlangt, als daß der Status des Jahres 1927 hergestellt werde. Im Jahre 1927 konnte aber niemand von einer Not sprechen. Es kann auch niemand behaupten, daß seit dem Jahre 1927 infolge der übermäßigen Einfuhr an Fleischprodukten die Fleischpreise gesunken wären. Es wäre noch zu begreifen, wenn in den Jahren 1928 und zum Teil 1929, wo viel ausländisches Fleisch über die Grenze hereingekommen ist, die Preise bemerkenswert gesunken wären und nun zu befürchten wäre, daß, wenn hier eine Änderung eintritt, die Fleischpreise emporschießen würden. Diese Befürchtung ist aber, glaube ich, überflüssig, denn unsere Forderungen

gehen nie so weit, daß eine Fleischnot zu befürchten wäre. Wenn aber eine Fleischnot nicht zu befürchten ist, dann kann auch eine ungerechtfertigte Fleishteuerung nach meiner Ansicht hintangehalten werden.

Ein besonderes Mittel, das einerseits den Produzenten und andererseits den Konsumenten entgegenkommt, scheint uns in der Förderung des Genossenschaftswesens zu liegen. Gerade durch die Förderung des Genossenschaftswesens ist die Möglichkeit geboten, daß Konsumenten und Produzenten zueinander in nähere Beziehungen treten und daß Stellen geschaffen werden, durch die eine unnötige Preissteigerung, eine Steigerung des Preises, die in dem Momente eintritt, wo die Ware aus der Hand des Produzenten gekommen ist, bis sie in die Hand des Konsumenten gelangt, verhindert werden kann. Natürlich wird das nicht gehen und eine Genossenschaftsförderung nicht möglich sein, wenn nicht — was unbedingt damit zusammenhängt — zu gleicher Zeit die Beschaffung von billigen Krediten für die Landwirtschaft und auch für das Gewerbe gesichert wird, wenn nicht die Regierung alles mögliche tut, um in dieser Beziehung unsere Produktion zu fördern.

Eine der wichtigsten Forderungen, für deren Erfüllung wir heute neuerdings Hoffnung hegen, ist die Verbilligung und Vereinfachung der Steuermethoden und Steuer Gesetze. Das Volk ist gewiß nicht steuerzahlungsunwillig. Wenn aber die Taschen leer sind und der Scheck am Tisch liegt, so wird er, auch wenn er keine zu hohe Summe vorschreibt, sehr ungern gesehen, und dem einzelnen bereitet auch dieses Steuerzahlen ungeheure Schwierigkeiten, weil dieses Einkommensmöglichkeiten in der Landwirtschaft bisher Schritt für Schritt zurückgegangen sind. Eine Vereinfachung des Steuerwesens wäre schon deswegen von großem Vorteil, weil es auf dem Lande eine Menge Menschen gibt, die sich in dem Steuerwesen nicht zurechtfinden können. Sie bekommen Schecks zugestellt und glauben, sie tun am besten, wenn sie gleich zahlen. Manchmal haben sie wirklich das Beste getan, manchmal auch nicht, weil es auch schon vorgekommen ist, daß man sich in den Untern geirrt hat und den Scheck, der schon bezahlt wurde, noch einmal hinausgeschickte. Kurzum, man hat schon Erfahrungen gemacht, die die Äußerungen des neuen Bundeskanzlers sehr begrüßenswert erscheinen lassen, daß die Behörden in den Steuerämtern der steuerzahlenden Bevölkerung etwas mehr Entgegenkommen zeigen sollen.

Von besonderer Wichtigkeit erscheint uns auch noch eine weitere Erniedrigung der Erb- und Übertragungsgebühren. Mancher junge Landwirt, der ein Gut kauft oder übernimmt, macht sich davon keine Vorstellung, bis er die Gebührenvorschriftung bekommt; und wenn er die erhalten hat, dann ist ihm ein großer Teil seines Eifers und seiner Freude an der Wirtschaft genommen, weil er sich fragen

muß, wo er denn das viele Geld hernehmen soll. Wenn man die Vorschreibungen der Vorkriegszeit den heutigen gegenüberstellt, so zeigt sich eine vielfache Erhöhung. Auch in dieser Beziehung muten wir der Regierung zu, daß sie weiter gehen wird, als es bisher möglich war.

Besonders gefreut haben uns die Ausführungen des Herrn Bundeskanzlers über die Notwendigkeit, Ersparungen zu machen. Ich traue mich zu sagen, daß ich die Hoffnung auf ihn setze, daß er ernstlich zu sparen beabsichtigt, und es gibt auch noch Gelegenheiten, wo gespart werden kann. Das ist ganz sicher. Wenn man zum Beispiel die verschiedenen Unternehmungen sieht, in denen durch Kollektivvertrag eine Untergrenze für die Löhne festgesetzt ist, so muß man sich die Frage vorlegen, warum man nicht auch eine Obergrenze festgesetzt hat. Es gibt Unternehmungen, die im Interesse der Allgemeinheit arbeiten, deren Erzeugnisse die Bevölkerung unbedingt beziehen muß und bei denen wir derart hohe Gehälter sehen, daß man als landwirtschaftstreibender Mensch geradezu in Erstaunen versetzt wird. Ich meine, es ist schon der Hebel an gewissen Stellen anzusetzen, wo gespart werden kann, und es muß gespart werden, weil auf Grund dieser Ersparungen auch eine Steuererleichterung, eine Steuererniedrigung möglich ist.

Auf die Lösung der Wohnbaufrage legen wir großes Gewicht, weil wir sagen, daß sie schließlich und endlich die Bautätigkeit im Volke belebt, daß dadurch Geld in Umlauf kommt, Arbeit geschaffen wird und andererseits dadurch auch endlich einmal der Tag und die Zeit kommen wird, wo das Mietengesetz zu Fall kommt, zu Fall kommen kann. Wir verstehen schon, daß man ein Gesetz wie das Mieterschutzgesetz nicht von heute auf morgen abbauen kann; wir würden es aber andererseits auch nie verstehen, wenn gerade die Hausbesitzer — und das sind nicht lauter Leute, die man als Kriegsgewinner bezeichnen kann, sondern es sind eine Menge von Leuten darunter, die sich ihr Scherflein in wirklich harter Arbeit erspart haben — zeitweilig in ein Zwangsgesetz hineingeklemmt würden, indem man ihnen sagt: Für euch gibt es keine Rettung, keine Republik, ihr seid unter Zwangswirtschaft gestellt und werdet es ewig bleiben müssen. *(Zustimmung.)*

Ich möchte noch einmal sagen: Heute weht im Parlament so ein Mailüfterl; es ist nicht immer so gelinde wie heute hergegangen. Der Herr Staatskanzler Kemner hat so ziemlich alles vermieden, wodurch er einen Anstoß hätte geben können. Der Redner der stärksten der Mehrheitsparteien, der christlichsozialen Partei, hat ebenso durchleuchten lassen, daß man glaubt, es werden jetzt andere Wege beschritten werden können. Das begrüßen wir auf das freundlichste. Wir haben gesehen, welche Schwierigkeiten sich diesmal der Regierungsbildung

entgegengestellt haben. Meine Herren, das ist ein Flammenzeichen! Wenn man in Wiener Zeitungen lesen kann: „Ein Bundeskanzler wird gesucht!“, so weiß man wohl, daß es in diesem Österreich nicht mehr gut mit dem Parlament bestellt ist. Es ist Zeit, daß wir zur wirklichen Arbeit kommen, und es ist begrüßenswert, wenn hier auf dem Plage des Bundeskanzlers ein Mann sitzt, der den Verständigungswillen hat und es auch zustande bringen wird, die Opposition in einen Zustand zu versetzen, daß sie mit uns arbeitet und nicht die Sachen, die gemacht werden müssen, sei es aus irgendeiner Vergiftung der Atmosphäre, sei es aus irgendeiner Kränkung heraus, zu verhindern trachtet.

Meine Herren, wenn das, was heute hier gesprochen wurde, in die Tat umgesetzt wird, dann wird man — davon bin ich überzeugt — auch in Österreich wieder von einem lebensfähigen Parlament reden können, dann wird eine Volksbewaffnung, ein Sichgegensein角度stellen aller nicht nötig sein, dann wird das Volk zufrieden sein, und wir werden damit rechnen können, daß wieder vollständige Ruhe in unserer Bevölkerung eintritt und daß die Zeiten einer sogenannten Verwirrung, in der wir jetzt gelebt haben, vorüber sind. *(Lebhafter Beifall. — Während vorstehender Rede hat Präsident Dr. Gürtler den Vorsitz übernommen.)*

Damit ist die Debatte über die Regierungserklärung beendet.

Dr. Riebenböck, Schmitz und Dr. Seipel erhalten einen einmonatigen Urlaub.

Nächste Sitzung: Dienstag, den 14. Mai, 3 Uhr nachm. Tagesordnung:

Bericht des Finanz- und Budgetausschusses über den 5. Bericht der Kommission zur Kontrolle der Verwendung der Vermögensabgabe an den Nationalrat (B. 40) und über die Regierungsvorlage (B. 62), betr. ein Bundesgesetz über die Auflösung der „Kommission zur Kontrolle der Verwendung der Vermögensabgabe“ (B. 295).

Bericht des Verfassungsausschusses über die Regierungsvorlage (B. 282): Vertrag zwischen der Republik Österreich und der Tschechoslowakischen Republik zur Regelung der Rechtsverhältnisse an der im Artikel 27, Punkt 6, des Staatsvertrages von Saint-Germain-en-Laye zwischen den alliierten und assoziierten Mächten und Österreich vom 10. September 1919 beschriebenen Staatsgrenze (Grenzstatut) (B. 304).

Bericht des Verfassungsausschusses über die Regierungsvorlage (B. 283): Vertrag zwischen der Republik Österreich und der Tschechoslowakischen Republik zur Regelung der technisch-ökonomischen Fragen in den Grenzstrecken der Donau, March und Thaya (B. 305).

Schluß der Sitzung: 6 Uhr 30 Min. abends.